

# NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

## INHALT

Die Lehren des Krieges und die gegenwärtige Lage . . . . .	1
I. KONSTANTINOWSKI — Die neue Rolle der Bauernschaft in den Ländern Osteuropas . . . . .	3
L. BESYMENSKI — Die deutsche Frage und die kleinen Staaten Europas . . . . .	8
Über die ökonomischen Probleme und die Tätigkeit der tschechoslowakischen Gewerkschaften (Unterredung mit den tschechoslowakischen Gewerkschaftern Evžen Erban, Ružena Volinova und František Zupka) . . . . .	14
Internationale Umschau (Notizen) . . . . .	18
P. TROJANOWSKI — Frühling in Westpolen (Notizen eines Korrespondenten) . . . . .	20
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen . . . . .	24
Kritik und Bibliographie:	
A. LEONTJEW — Aus der Geschichte der die Zerstückelung Deutschlands bezweckenden Pläne . . . . .	25
Aus dem Briefkasten der Redaktion . . . . .	29
Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .	31

19

9. Mai 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

**Schriftleiter: W. Beresln**

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

---

---

## Die Lehren des Krieges und die gegenwärtige Lage

AM TAGE DES SIEGES über das hitlerfaschistische Deutschland, diesem bedeutsamen Gedenktag, richten sich die Gedanken natürlich auf die Lehren des Krieges und die gegenwärtige Lage.

Der zweite Weltkrieg war ein gigantisches Unglück für die Menschheit. Der Krieg erstreckte sich über alle Kontinente. In den von ihm erfaßten Ländern leben vier Fünftel der gesamten Bevölkerung des Erdballs. Der Sieg über die Todfeinde der Menschheit wurde durch beispiellose Opfer und Entbehrungen errungen.

Natürlich konnte ein Ereignis von solcher Tragweite kein Zufall sein, nicht vom Himmel fallen. Die Kräfte der internationalen Reaktion hatten den Krieg vorbereitet, die wichtigsten faschistischen Staaten hatten ihn entfesselt. Die unmittelbaren Kriegsschuldigen, die an der verbrecherischen faschistischen Verschwörung gegen den Frieden Beteiligten, die Urheber der furchtbaren Menschenvernichtungspläne vermochten die Welt nur mit Vorschubleistung und direkter Unterstützung der gesamten internationalen Reaktion in den Strudel des Krieges zu stürzen.

Die internationale Reaktion half dem Faschismus, weil sie in ihm ein zuverlässiges Bollwerk gegen die fortschrittlichen Bestrebungen der Volksmassen sah. Die gegenwärtigen Reaktionäre hassen in ihrer unversöhnlichen Feindschaft gegen alles Fortschrittliche, alles Progressive die moderne Demokratie ebenso stumpfsinnig und blind, wie die Reaktionäre Ende des 18. Jahrhunderts die Ideen des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und der französischen Revolution gehaßt haben.

Wie ihre Urväter in jenen Zeiten, so möchten die heutigen Vorkämpfer der Reaktion nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung aufhalten, sondern auch das Rad der Geschichte zurückdrehen. Für diesen wahnwitzigen Zweck sind sie zu beliebigen Verbrechen bereit.

Das größte Verbrechen der internationalen Reaktion war der zweite Weltkrieg. Er zeigte

jedoch auch, daß es den der progressiven Bewegung der Menschheit zuwiderlaufenden Plänen nicht entschieden ist, in Erfüllung zu gehen. Der Krieg hat gezeigt, daß man die unverbrüchlichen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nicht ungestraft geringschätzen kann. Er hat gezeigt, daß derjenige, der diesen Weg beschreitet, riskiert, sich den Hals zu brechen.

Der Faschismus — diese kriegslüsterne Vorhut der internationalen Reaktion — hat den Völkern unzählige Leiden gebracht, zuletzt aber die schändlichste Niederlage erlitten. Die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts haben triumphiert über die Kräfte der mittelalterlichen Barbarei und des Obskuratorismus.

Die Sowjetunion, für die der Krieg der schwerste aller Kriege war, die unser Heimatland jemals durchmachte, hat die beispiellosen Prüfungen in Ehren bestanden. Das Sowjetvolk hat zu dem gemeinsamen Sieg der freiheitliebenden Völker am meisten beigetragen. Es hat die entscheidende Rolle gespielt bei der Zertrümmerung der Hauptbrutstätten des Weltfaschismus und der Weltaggression. Unser Heimatland hat die menschliche Zivilisation vor den faschistischen Vandalen gerettet. Die Sowjetarmee hat die Völker des europäischen Kontinents vom Hitlerjoch befreit.

Diese Rolle der Sowjetunion war durchaus kein Zufall. Sie war die natürliche Folge davon, daß unser Heimatland der fortschrittlichen Bewegung der Menschheit voranmarschiert, daß sie ein Bollwerk neuér, gerechter Prinzipien in den Beziehungen zwischen den Menschen und in den Beziehungen zwischen den Völkern ist.

Der Krieg hat mit der Niederwerfung der faschistischen Aggressoren geendet. Aber die Kräfte der internationalen Reaktion sind geblieben, obgleich sie die Stoßbrigaden verloren hat, die sie am deutschen und italienischen Faschismus sowie am japanischen Imperialismus besaß.

Die Natur des modernen Monopolkapitalismus duldet kein Vakuum: neue Weltherrschsprätendenten sind bereits an die Stelle ihrer

gescheiterten Vorgänger getreten. Die jetzigen Kriegsbrandstifter sind nicht abgeneigt, alles wieder von vorne anzufangen.

Aber in ihrer Verblendung sehen die Bannerträger der internationalen Reaktion nicht, daß die Welt nicht mehr das ist, was sie vor dem Kriege war. Schon zu Beginn der Krieges sagte J. W. Stalin, der große Führer des Sowjetvolkes, man dürfe den Krieg gegen das faschistische Deutschland nicht als einen gewöhnlichen Krieg ansehen. Er war nicht nur ein Krieg zwischen den Armeen, er war gleichzeitig auch ein großer Krieg der freiheitliebenden Völker, die nicht gewillt waren, vor den faschistischen deutschen Weltherrschaftspräidenten den Nacken zu beugen.

Ein solcher Krieg mußte natürlich im Bewußtsein der Völker der ganzen Welt tiefe Spuren hinterlassen. In der Tat, die Zerschlagung und Liquidierung der Wespennester des Faschismus hat zu wesentlichen Verlagerungen im politischen Leben der Völker, zu einem großzügigen Wachstum der demokratischen Bewegung in der ganzen Welt geführt.

Vor einem Jahr schrieb Genosse Stalin:

„Die durch die Erfahrungen des Krieges gewitzigten Volksmassen haben begriffen, daß man das Schicksal der Staaten nicht den reaktionären Machthabern anvertrauen darf, die enge kastenmäßige und eigennützige volksfeindliche Ziele verfolgen. Eben deshalb nehmen die Völker, die nicht mehr auf die alte Weise leben wollen, das Schicksal ihrer Staaten in ihre eigenen Hände, führen demokratische Zustände ein und kämpfen aktiv gegen die Kräfte der Reaktion, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges.“

Die Völker der Welt wollen keine Wiedergelung der Leiden des Krieges. Sie kämpfen beharrlich für die Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit.“

Dieser Kampf dauert mit wachsender Kraft an. Die Völker wollen den Sieg über den Faschismus durch einen festgefügten und gerechten Frieden verankern. Sie sind bestrebt, die Wunden des Krieges zu heilen, ihre Wirtschaft und Kultur wiederzubauen und weiterzuentwickeln, die Unabhängigkeit und die Freiheit ihrer Länder zu festigen, auf dem Wege des Fortschritts und der Demokratie vorwärtszuschreiten und zu erreichen, daß das Schicksal der Völker durch ihre eigenen Interessen bestimmt werde, nicht aber durch die gierigen Gelüste von Monopolgruppen, die das Geld höherstellen als das Vaterland.

Jetzt, nach dem zweiten Weltkrieg, haben die Völker gelernt, ihre Freiheit und Unabhängigkeit nicht nur noch mehr zu lieben, sondern sie auch gegen alle Anschläge von außen und innen zu verteidigen. Die Völker haben im Kampf gegen den Faschismus ihr Blut nicht vergossen, um unter das Joch neuer Weltherrschaftspräidenten zu geraten.

Im Kampf für ihr heiliges Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit finden die Völker machtvolle Unterstützung bei der Sowjetunion, die konsequent eine Politik des Friedens und der Sicherheit, eine auf Anerkennung der Gleichberechtigung der Völker, auf Achtung für ihre legitimen Interessen gegründete Politik durchführt. Diese konsequente Politik der Sowjetunion verschafft ihr die Sympathien der gesamten fortschrittlichen Menschheit. Sie ist zugleich auch ein machtvolles Bollwerk gegen die Verwirklichung neuer Welthegemoniepläne. Die unüberwindliche Kraft dieser Politik besteht darin, daß sie den ureigensten Interessen der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit entspricht.

Umgekehrt wurzeln die Fäulnis und Fehlerhaftigkeit der gegenwärtigen Weltherrschaftsüberungspläne, die Schwäche und Unerfüllbarkeit der Ansprüche der reaktionären angelsächsischen Kreise auf Weltheimonie darin, daß diese Pläne und Ansprüche den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufen. Die Machenschaften der internationalen Reaktion sind den Lebensinteressen der Völker, ihren fortschrittlichen Bestrebungen nach nationaler Freiheit und sozialer Gerechtigkeit von Grund auf feindlich.

Heute, zwei Jahre nach dem Sieg über das hitlerfaschistische Deutschland, treiben die Ruser der internationalen Reaktion abermals ihr tolles Spiel. Die Brandstifter eines neuen Krieges wollen, um einen bildlichen Ausdruck von Henry Wallace zu gebrauchen, den Kessel des Hasses gegen die Sowjetunion am Kochen erhalten.

Die imperialistischen Kreise der angelsächsischen Länder entwerfen immer weiter gehende Pläne für ihre Expansion, für die ökonomische Knechtung und politische Unterjochung fremder Völker. Trotz der Wut und der Intrigen unserer Feinde — der Feinde des Kommunismus — schreitet das Sowjetvolk vorwärts. Unser Heimatland ist aus dem Krieg als ein noch stärkerer und mächtigerer Staat hervorgegangen. Das Sowjetvolk legt nicht die Hände in den Schoß, sondern arbeitet friedlich und schöpferisch, erfüllt von dem Glauben an seine Zukunft, an den Triumph der Ideen des Friedens, der Demokratie, der Gerechtigkeit und des Fortschritts.

# Die neue Rolle der Bauernschaft in den Ländern Osteuropas

L. KONSTANTINOWSKI

IN den vom Faschismus befreiten Ländern Osteuropas befindet sich die Bauernschaft nach dem Kriege in einer wesentlich geänderten Lage. Zunächst einmal ist in allen diesen Ländern eine Bodenreform durchgeführt worden. Welche politischen und ökonomischen Folgen hatten diese Reformen? Welche Rolle spielt die Bauernschaft in diesen Staaten, die entschlossen den Weg der demokratischen Entwicklung beschritten haben? Wodurch unterscheidet sich die jetzige Lage der Bauern von ihrer Lage in der Vergangenheit, vor dem Kriege?

1

In der Vorkriegsgeschichte Jugoslawiens, Rumäniens und Bulgariens lassen sich Erscheinungen feststellen, die für alle Agrarländer Osteuropas charakteristisch waren.

Die politische Rolle, die die Bauernschaft dieser Länder früher spielte, war vor allem durch ihre ökonomische und soziale Rückständigkeit bestimmt. Alle erwähnten Länder sind ausgesprochene Agrarländer. Nach den Angaben für die Vorkriegszeit waren in Jugoslawien mehr als 78 Prozent, in Rumänien 78,2 Prozent und in Bulgarien 79,8 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Struktur der Landwirtschaft dieser Länder war charakterisiert durch das Überwiegen der kleinen Bauernwirtschaften und durch starke feudale Überreste. In Jugoslawien besaßen vor dem Kriege 70 Prozent der Bauernwirtschaften nicht mehr als je 5 Hektar Boden. Die entsprechenden Zahlen betragen für Rumänien 74,9 Prozent, für Bulgarien 63,1 Prozent.

Obgleich die Großgrundbesitzer in Rumänien nach der Agrarreform der Jahre 1918—1921 geschwächt und in Bulgarien und Jugoslawien relativ wenig zahlreich waren, spielten sie dennoch auch weiter eine große Rolle. Sie waren die eifrigsten Schrittmacher einer reaktionären, volksfeindlichen Politik. Die rückständigen Bodenverhältnisse hielten die ökonomische Gesamtentwicklung der osteuropäischen Länder auf, was es dem ausländischen Kapital bedeutend erleichterte, sich der ökonomischen Hauptpositionen in diesen Ländern zu bemächtigen.

Von dieser Art sind einige der allgemeinen Züge, die allen südosteuropäischen Ländern eigen

sind und ihre uralte Rückständigkeit kennzeichnen. Die von Not und Elend gedrückte und zu einem kläglichen Dahinvegetieren verurteilte Masse der kleinen Bauern hatte keine Möglichkeit, das Schicksal des Staates ernstlich zu beeinflussen. Den meisten Bauernparteien Osteuropas wohnte ein unüberwindlicher Widerspruch inne: die Massenbasis dieser Parteien bildeten breite Schichten der Bauernschaft, in ihrer Führung aber herrschten die großbäuerlichen, kapitalistischen Elemente vor. In der praktischen Tätigkeit dieser Parteien gewannen die Interessen der Minderheit, die sich an der Führung befand, stets die Oberhand. Daher der Bankrott aller dieser sogenannten Bauernregierungen in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen und ihr hartnäckiger Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Daher die Kapitulation der Führer der sogenannten Bauernparteien vor dem Faschismus.

2

Das Schicksal der osteuropäischen Staaten während des zweiten Weltkrieges gestaltete sich ganz verschieden. Die Volksmassen jedoch zogen, obwohl nicht in gleichem Maße, aus ihren Erfahrungen ein und dieselben Schlußfolgerungen. Nehmen wir als Beispiel Jugoslawien und Rumänien.

In Jugoslawien führte die Invasion der Deutschen und der Italiener (April 1941) zum faktischen Zerfall aller politischen Parteien, mit Ausnahme der Parteien der fortschrittlichen Arbeiterbewegung. Die Führer der Bauernparteien kapitulierten häufig noch früher als die anderen. So beobachteten z. B. die reaktionären Führer der Kroatischen Bauernpartei, die schon vor dem Kriege unter Hitlers Einfluß geraten waren, eine versöhnlerische Haltung gegenüber der Aggression der deutschen Faschisten. Sie billigten die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Maček's Aufruf an die kroatischen Bauern, in die Heimwehr (Domobranzenarmee — ein Teil der Pavelić-Armee, die geschaffen wurde, nachdem die Ustaši sich kompromittiert hatten) einzutreten, war kein Zufall und kam nicht überraschend.

Aber die jugoslawische Bauernschaft antwortete auf den Verrat der Führer der Bauernparteien damit, daß sie den von der fortschrittlichen

Arbeiterbewegung — dem Initiator des Widerstands gegen die Hitlerokkupanten — gewiesenen Weg beschritt. Die meisten Teilnehmer des Befreiungskrieges in allen Gebieten Jugoslawiens waren Bauern. Ohne sie wäre ein so langwieriger und erfolgreicher Partisanenkrieg unmöglich gewesen. Unter dem Einfluß der entschlossenen Aktionen der Bauernmassen stellten sich auch viele alte Führer der Bauernparteien um, machten der Zusammenarbeit mit den Okkupanten ein Ende und traten bedingungslos der Volksfront bei. Auf dem ersten Kongreß der Volksfront Jugoslawiens erklärte Marschall Tito:

„Viele Führer sind dahin gegangen, wo ihre Massen sich bereits befanden, denn andernfalls wären sie von den Massen isoliert geblieben.“

Anders in Rumänien, das zu den Verbündeten Hitlers gehörte. Hier gab es während des Krieges keine bedeutende antifaschistische Widerstandsbewegung. Die rumänische Bauernschaft konnte ihr politisches Bewußtsein nicht in derselben Weise entwickeln wie die Bauernschaft Jugoslawiens. Trotzdem half der Krieg auch in Rumänien, die reaktionäre Führung der Nationalzarenistischen Partei endgültig zu entlarven.

Die „Taktik Manius“ erleichterte Antonescu den Machtantritt. Maniu unterstützte faktisch das Bündnis mit Deutschland und den Krieg gegen die Sowjetunion, der der rumänischen Bauernschaft Leiden und Ruin brachte. Mihalache, der stellvertretende Vorsitzende der Nationalzarenistischen Partei, rückte demonstrativ als Freiwilliger in die faschistische Armee Antonescus ein. Namhafte Männer dieser Partei vom Schlag Pops und andere Leute bereicherten sich am Kriege, indem sie nicht nur mit den deutschen Faschisten, sondern auch mit den ungarischen Feudalherren, die sich des nördlichen Transsilvanien bemächtigt hatten, zusammenarbeiteten.

Nach dem Sturz des Antonescuregimes zog die rumänische Bauernschaft die entsprechenden Schlußfolgerungen. Sie legte eine noch nie dagewesene politische Aktivität an den Tag, kehrte der pseudobäuerlichen Partei Manius den Rücken und unterstützte mit Leib und Seele die progressiven demokratischen Parteien des Landes, die die Regierung Petre Grozas ins Amt brachten.

Somit nahmen schon während des Krieges an allen Orten, wenn auch nicht in gleichem Maße, tiefgreifende Prozesse ihren Anfang, die zu einer radikalen Änderung der politischen Rolle der Bauernschaft führten. Auf dem verwüsteten Lande, unter Trümmern und Schutthaufen, entstanden die Keime des Neuen, die dann nach der Niederwerfung Hitlerdeutschlands wunderbar aufgingen.

## 3

Die radikalen Veränderungen, die nach dem Kriege in der Lage der Bauernschaft Osteuropas eingetreten sind, lassen sich unter zwei Aspekten betrachten: einem ökonomischen und einem politischen. Fassen wir zunächst die ökonomische Seite ins Auge.

In allen Ländern, in denen dank dem Sieg über den Faschismus eine Demokratie von neuem Typus Fuß gefaßt hat, wurden vor allem die Überreste des Feudalismus liquidiert. Diese große historische Tat wurde von der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die in engster Gemeinschaft miteinander vorgingen, vollzogen.

Das Wesen einer Bodenreform wird vor allem dadurch bestimmt, wie und von wem sie durchgeführt wird. Eine Sache ist es, wenn Agrarreformen von den herrschenden Klassen unternommen werden, um die Bauernschaft zu beschwichtigen und zu betrügen, wie das nach dem ersten Weltkrieg der Fall war. Damals zogen sich die von oben her durchgeföhrten Agrarreformen lange Jahre hin, ohne faktisch irgendwo vollendet zu werden — ja in manchen Fällen wurden sie sogar gänzlich unwirksam gemacht. Im Jahre 1940, also 20 Jahre nachdem in Rumänien das Bodenreformgesetz erlassen worden war, erklärte der rumänische Landwirtschaftsminister:

„Die Bodenreform ist noch nicht vollendet... Auf 3900 Gütern ist der exproprierte Teil noch nicht endgültig eingezogen; für 434 000 Hektar sind noch keine Projekte und Aufteilungspläne ausgearbeitet; für 490 000 Hektar wurde die Aufteilung nicht durchgeführt; 900 Gerichtsverfahren in Sachen der Bodenreform sind noch immer bei den Gerichten anhängig.“

In Bulgarien wurde das Bodenreformgesetz schon 1923, nach dem faschistischen Umsturz Zankofis, suspendiert.

Jetzt dagegen sind die Agrarreformen in Osteuropa von den progressiven demokratischen Regierungen unter aktiver Beteiligung der Bauern selbst und mit Hilfe der von Bauern und Landarbeitern geschaffenen örtlichen Komitees, die aus bodenbedürftigen Leuten zusammengesetzt wurden, durchgeführt worden. Es handelt sich um radikale Bodenreformen. Der Großgrundbesitz und alle Überreste der feudalen Ausbeutung sind vollständig liquidiert. Eine Sabotage von Großgrundbesitzern ist von nun an unmöglich. Das der Aufteilung unterliegende Land wird nicht nur statistisch aufgenommen, sondern auch ohne Verzögerungen unter den bedürftigen Bauern aufgeteilt. In Ländern wie Polen, Rumänien und Ungarn wurde die Hauptmasse des Gutsbesitzerbodens in weniger als einem Jahre unter den Bauern verteilt.

Nach dem ersten Weltkrieg führten die kümmerlichen Agrarreformen in letzter Instanz zu einem noch größeren Ruin der Hauptmasse der Bauernschaft. Jeder Hilfe beraubt, gerieten die neuen Bodenbesitzer rasch in die Knechtschaft der Wucherer und der Banken. Viele von ihnen verloren bald das eben erst erhaltene Land.

Ganz anders jetzt, wo in den Ländern Osteuropas wirklich demokratische Staatssysteme Fuß gefaßt haben und alle Maßnahmen ergriffen werden, um den neuen Landwirten ihren Boden zu sichern. In den Ländern der neuen Demokratie erweisen die Regierungen den Bauern ernstliche materielle Unterstützung. Überall ist eine Höchstgrenze für private Bodennutzung eingeführt, sind die alten Bauernschulden annulliert, ist mit der Macht der Wucherer und der Banken Schluß gemacht, sind Maßnahmen getroffen worden, um der Flurzersplitterung Einhalt zu tun, wird die Kooperation gefördert, werden Voraussetzungen geschaffen für die Mechanisierung der Landwirtschaft und ihr weiteres Fortschreiten.

Die in den Ländern der neuen Demokratie verwirklichten sozialen und ökonomischen Umwandlungen — Nationalisierung der Großindustrie und der Banken, Einführung der Elemente der Planwirtschaft — ermöglichen es, an die praktische Bewältigung von Aufgaben heranzugehen wie der Übergang der Agrikultur von extensiver zu intensiver Wirtschaft. Trotz der Schwierigkeiten der Nachkriegsperiode sind in dieser Richtung bereits bedeutsame Schritte getan worden.

Lehrreich ist das Beispiel Bulgariens. Um alle bedürftigen Bauernwirtschaften in diesem Lande mit Boden zu versorgen, bedürfte es mehr als einer Million Hektar Ackerlandes. Eine solche Bodenmenge steht jedoch nicht zur Verfügung. Das vom Sobranje am 12. März 1946 beschlossene „Gesetz über agrarisches Arbeitseigentum“ besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil bestimmt den Charakter und das Ausmaß der neuen Bodenreform. Der zweite Teil sieht große Arbeiten zwecks Urbarmachung von Ödland, Meliorationen und die mit allen Mitteln betriebene Förderung der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften vor. Sie werden vom Staat alles erhalten, was notwendig ist, um mit Hilfe von Maschinen der Vorteile der Großwirtschaft teilhaft werden zu können. Die Vaterländische Front ist bestrebt, durch ihre Agrarpolitik die Landwirtschaft auf höherer und produktiverer Grundlage zu reorganisieren. Im Februar d. J. fand in Sofia die erste Konferenz von Vertretern der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften statt. Auf der Grundlage von Produktivgenossenschaften betriebene Wirtschaften gibt es bereits 438. Sie

vereinigen mehr als 44 000 Mitglieder und bearbeiten erfolgreich mehr als 200 000 Hektar Boden.

Die progressiven wirtschaftlichen Folgen der Agrarreformen und der gesamten Landwirtschaftspolitik der neuen Demokratien haben sich bereits trotz der schweren Nachkriegsverhältnisse bemerkbar gemacht. Dank der Aufteilung des Bodens konnte die Frühjahrssaat 1945 durchgeführt werden, als die Gutsbesitzer nach dem Siege der Demokratie versuchten, die landwirtschaftliche Produktion zu sabotieren und eine Hungersnot zu provozieren. Die neuen Bodenbesitzer arbeiten mit großer Begeisterung, um die Ernährungsschwierigkeiten möglichst rasch zu beheben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entstehung zahlreicher bärlicher Arbeitswirtschaften an Stelle der grundherrlichen Güter in Osteuropa in naher Zukunft große positive Resultate erbringen wird. Es ist nicht leicht, die Folgen des Krieges und der Hitlerokkupation zu beseitigen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Verluste der Landwirtschaft durch Krieg und Okkupation sich in einem Lande wie Jugoslawien auf 268 Milliarden Dinar belaufen. Die Verluste der Landwirtschaft Polens überschreiten 23 Milliarden Zloty. Die Lage kompliziert sich infolge der zweijährigen Dürre, die an einigen Stellen zu einer wahren Naturkatastrophe geworden ist.

Trotz alledem ist in der materiellen Lage der breiten Bauernmassen bereits ein grundlegender Umschwung zum Besseren eingetreten.

Die Bauernschaft dieser Länder hat früher niemals ein Regime gekannt, das auch nur teilweise eine konsequente Politik des Schutzes ihrer Interessen durchgeführt hätte, wie das die jetzigen Regierungen in den Ländern Osteuropas tun. Niemals in der Vergangenheit hat die Bauernschaft für ihre Bedürfnisse nicht nur bei der Regierung, sondern auch in der gesamten Öffentlichkeit so viel Aufmerksamkeit gefunden. In der Wirtschaftspolitik der neuen Demokratien, in dem radikalen Umschwung, der in den Agrarverhältnissen eingetreten ist, stecken die Wurzeln der neuen politischen Orientierung der Bauernschaft und der Konsolidierung der Basis der Demokratie auf dem Lande.

## 4

Gehen wir jetzt zu dem politischen Aspekt der Bauernfrage in den Ländern Osteuropas über.

In diesen Ländern war der Faschismus für die übergroße Mehrheit des Volkes eine tödliche Gefahr. Deshalb traten schon während des Krieges in die demokratischen Blocks der Länder Osteuropas Vertreter aller Schichten der Bevölkerung ein, mit Ausnahme der engen Gruppe der Guts-

besitzer, der Großindustriellen und anderer Ritter des Geldsacks, die ihre eigennützigen Interessen höher stellten als die Interessen der Nation. Die Errichtung eines neuen Regimes erfolgte von allen. Anfang an unter engster Beteiligung der breiten Bauernmassen. Alle Redensarten von einer „Diktatur der Arbeiter“ und einer Ignorierung der Bauern in den Ländern Osteuropas sind eine böswillige Mystifikation, wie man am Beispiel jedes dieser Länder erkennen kann.

Im neuen Jugoslawien sind die breiten Bauernmassen an der Verwaltung des Landes nicht nur dadurch beteiligt, daß es in den höchsten Staatsorganen zahlreiche Vertreter der Bauern gibt, sondern auch dadurch, daß die Bauernparteien der Volksfront angehören. Ein kennzeichnender Zug der jugoslawischen Demokratie besteht darin, daß das Volk durch die dörflichen und städtischen Komitees der Volksfront seine Angelegenheiten selber besorgt. Die Volksfront vereinigt die breitesten Schichten der Bevölkerung, die die Träger des Fortschritts sind. Der Kern der Volksfront ist das Bündnis der Arbeiter und der Bauern. Bei einem solchen Aufbau der Staatsgewalt ist den breiten Bauernmassen die unmittelbare Beteiligung am Staate gesichert.

Die Bauernparteien bilden durchweg eines der wesentlichsten Elemente der demokratischen Regierungskoalition auch in den anderen Ländern Osteuropas. Natürlich sind das nicht mehr die alten Parteien, die das Dorf vor dem Kriege vertraten. In der Nachkriegsentwicklung der Bauernbewegung lassen sich drei Haupttendenzen unterscheiden.

Erstens haben einige der alten Bauernparteien es verstanden, sich der früheren reaktionären Führung zu entledigen und sich am Aufbau neuer, progressiv-demokratischer Staatssysteme zu beteiligen. Zu dieser Kategorie gehört z. B. der Landwirtschaftliche Volksbund Bulgariens, der es nach dem Kriege verstand, der Tätigkeit Dr. Dimitroffs, des früheren Sekretärs des Buhdes, und seiner Anhänger (der G.-M.-toffzer) ein Ende zu machen, und Petkoff und andere Elemente, die die Einheit der Arbeiter und der Bauern zerschlagen wollten, aus seinen Reihen vertrieben hat. Trotz der weiter andauernden Wühlarbeit Petkoffs, der Schutzerherren im Ausland besitzt und einen neuen Bund unter der gleichen Bezeichnung ins Leben gerufen hat, ist der Landwirtschaftliche Volksbund Bulgariens der Vaterländischen Front treu geblieben und an der Regierung beteiligt.

Zweitens sind da jene alten Bauernparteien, die es aus verschiedenen Gründen nicht fertiggebracht haben, ihre reaktionäre Führung loszuwerden und zu fast offen faschistischen Positionen hinuntergesunken sind. Sie sind ein Schlu-

winkel geworden für die schlimmsten Reaktionäre, die jetzt keine Möglichkeit haben, mit offenem Visier aufzutreten. Dadurch haben diese Parteien ihr reaktionäres Wesen entlarvt.

Diese beiden einander gegenseitig beeinflussenden Prozesse lassen sich in den verschiedenen Ländern deutlich verfolgen. In Rumänien z. B. ist seit Kriegsende zu beobachten, wie sich die Kader der Nationalzaranistischen Partei ganz offen in Teilnehmer faschistischer Terrororganisationen verwandeln. Maniu verbirgt in seiner Partei frühere Legionäre. Er ist zum Rädelshörer der gesamten rumänischen Reaktion geworden. Das Resultat ist, daß die Nationalzaranistische Partei Rumäniens nach dem Kriege eine ununterbrochene Krise durchmacht. Es sind von ihr abgefallen: die gesamte von Alexandrescu und Modoran geführte Jugend, die eine neue Zaranistische Partei gegründet hat; die Gruppe Dr. N. Lupus, des Vizepräsidenten der Zaranisten und Mitbegründers der rumänischen Bauernbewegung; viele namhafte Mitglieder der Partei und ganze Ortsgruppen. Manius Anhänger wurden bei den Wahlen vom November 1946 sogar in vielen Kreisen Transsylvaniens geschlagen, das sie für ihre Zitadelle gehalten hatten.

In Polen nennt sich die Partei Mikolajczyks — Polskie Stronnictwo Ludowe — immer noch eine Bauernpartei, obgleich sie im Grunde eine volksfeindliche reaktionäre Partei ist. Ihr schlossen sich alle früheren Reaktionäre der jetzt verbotenen Parteien an, alle diejenigen, die nicht wollen, daß Polen einen demokratischen Weg beschreitet. Die Folge davon war, daß die ehrlichen demokratischen und bäuerlichen Elemente das Polskie Stronnictwo Ludowe verlassen haben. Schon im Juni v. J. begann die Zeitschrift „Nowe Wyzwolenie“ zu erscheinen, das Organ einer zu Mikolajczyk in Opposition stehenden Gruppe von Parteifunktionären. In einem programmatischen Artikel der Zeitschrift hieß es:

„Wir vertreten diejenigen Mitglieder des Polskie Stronnictwo Ludowe, die auf dem Lande leben und mit dem Lande verwachsen sind.“

Nach den Sejmwahlen haben die meisten Organisationen seiner Partei mit Mikolajczyk gebrochen. Jetzt müssen sogar die angelsächsischen Beobachter, die Mikolajczyk eifrig unterstützt haben, gezwungenermaßen zugeben, daß sein Einfluß in Polen verschwindend gering ist und daß seine Person jedes politische Interesse verliert.

In Ungarn hat die Partei der kleinen Landwirte nach dem Kriege offiziell eine demokratische Position bezogen und in der demokratischen Regierungskoalition ihren Platz eingenommen. Allein die ungarische Reaktion, die keine eigene legale politische Organisation besitzt, versuchte

die Partei der kleinen Landwirte für ihre Zwecke auszunutzen. Der rechte Flügel der Partei beschritt bereitwillig diesen Weg, indem er den faschistischen Elementen die Türen der Partei öffnete. Das Ergebnis war, daß die Partei der kleinen Landwirte zu einem Unterschlupf für Verschwörer und Feinde der Republik geworden ist.

Die ungarische Reaktion hat die alte Taktik des „trojanischen Pferdes“ vervollkommen. Aber auch die heutige Demokratie hat ihre Abwehrmethoden vervollkommen. Heute wachen die breiten Volksmassen über ihre demokratischen Errungenschaften. Die antirepublikanische Verschwörung wurde aufgedeckt, die Anhänger Bela Kovacs' und seine horthyistischen Freunde wurden entlarvt und unschädlich gemacht.

Ein dritter charakteristischer Prozeß, der das politische Aussehen der Bauernbewegung nach dem Kriege geändert hat, besteht schließlich in der Geburt neuer bürgerlicher Massenorganisationen, die fest auf der Plattform des Bündnisses mit der Arbeiterklasse stehen. In dem Maße, wie die Nationalzaranistische Partei Rumäniens zerfiel, wuchs die von Petre Groza geführte Bauernorganisation „Frontul Plugarilor“ (Front der Pflüger). Vor dem Kriege existierte diese Organisation nur in zwei oder drei transsylvanischen Kreisen. Nach dem Kriege begannen die Bauernmassen, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß sie von den Zaranisten nichts zu erwarten hatten, in die Front der Pflüger einzutreten. Diese Organisation zählt bereits mehr als anderthalb Millionen Mitglieder. Das ist ein überzeugender Beweis für die Kraft der neuen Ideen, die die Bauernmassen Rumäniens aufgerüttelt haben. Der Führer der Front der Pflüger und Vorsitzende der rumänischen Regierung, Petre Groza, erklärte in einer seiner Reden:

„Die Bauernschaft bildet die Mehrheit des Landes, aber sie kann den Kampf nicht allein führen. Erst im Bündnis mit den Arbeitern der Städte und der Intelligenz wird die Bauernschaft siegen. Es siegt nicht die Zahl, sondern die Kraft, und diese Kraft haben die Bauern durch ihr Bündnis mit der Arbeiterklasse gewonnen.“

Das bezieht sich auf die Bauernschaft auch in den anderen Ländern Osteuropas. Die alten Bauernparteien und ihre Führer, die gegen das Bündnis mit der Arbeiterklasse, gegen das demokratische Volksregime auftraten, haben sich von den Bauernmassen isoliert. Dadurch haben sie den Weg ihrer politischen Liquidation beschritten.

## 5

Spricht man von der neuen politischen Rolle der Bauernschaft in den Ländern Osteuropas, so muß man besonders auf eine Frage eingehen, die

in der Politik dieser Länder einen höchst wichtigen Platz einnimmt, auf den Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Die in Polen, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien durchgeführten radikalen Bodenreformen, die das Schicksal der Bauernschaft geändert haben, sind in bedeutendem Maße nur dadurch möglich geworden, daß diese Länder ihre nationale Souveränität behauptet haben. Eine nicht geringe Rolle hierbei spielte die politische Aktivität der Bauernmassen. Ohne Bauern kann es bekanntlich keine starke nationale Bewegung geben. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten die demokratischen Staatsysteme der Länder Osteuropas ohne die aktive Unterstützung der Bauernmassen die nationale Frage nicht lösen und nicht erfolgreich für die nationale Unabhängigkeit kämpfen.

Die politische Rückständigkeit der Bauernmassen und die ökonomische Schwäche dieser Länder vor dem Kriege arbeiteten dem Auslandskapital in die Hände, das hier den schwächsten Widerstand und die billigsten Arbeitskräfte fand. Man weiß allgemein, daß die Deutschen den rückständigen Agrarcharakter der osteuropäischen Länder aufrechterhalten und sie in ein Hinterland des industriellen Deutschlands verwandeln wollten. Innerhalb dieser Staaten waren nicht nur die in den Agrarparteien organisierten Grundbesitzer Vertreter dieser Tendenzen. Auch viele Führer fast aller sogenannten „traditionellen Bauernparteien“ waren Schrittmacher für die Interessen des Auslandskapitals.

Die Pläne der deutschen Imperialisten sind gescheitert. Gegenwärtig jedoch gibt es andere imperialistische Kräfte, die gegenüber den Ländern Osteuropas eine ebensolche Politik durchführen. Sie fürchten nicht ohne Grund, daß die Liquidierung der Überreste des Feudalismus und die rasche ökonomische Entwicklung dieser Länder es dem ausländischen Monopolkapital unmöglich machen werden, dort wie früher zu wirtschaften. Die politische Rückständigkeit der Bauernmassen und die reaktionären Stimmen der Führung der alten Bauernparteien waren wesentliche Voraussetzungen dafür, daß diesen Ländern ein fremder Wille aufgezwungen werden konnte.

Die Agenten des deutschen Imperialismus im Südosten Europas sprachen sich seinerzeit offen für die Erhaltung der Rückständigkeit ihrer Länder aus. „Der Traktor wird die Landschaft schänden“, erklärte bei irgendeiner Gelegenheit ein Vertreter der jugoslawischen faschistischen Organisation „Zbor“. „Der bürgerliche Mystizismus und Analphabetismus sollen unser Ideal sein“, sagten die Führer des rumänischen Faschismus. Jetzt singen die neugebackenen ausländischen Verteidiger der osteuropäischen Bauernschaft die

## 7

gleichen Lieder. Kürzlich klagte einer der türkischen Heroïde der internationalen Reaktion darüber, die Volksdemokratie „vernichte die Ursprünglichkeit der bäuerlichen Länder“. „Die Agrarreformen werden zu einer Degradation der Landwirtschaft im Osten führen“, prophezeien reaktionäre Organe der englischen Presse.

Die Spekulation auf die politische Rückständigkeit der Bauernschaft hat zweifellos eine wesentliche Rolle gespielt in den Plänen, die die osteuropäischen Länder faktisch ihrer nationalen Unabhängigkeit berauben und sie den angelsächsischen Monopolisten ausliefern wollen. Darin liegt die Ursache für die allseitige Unterstützung, die Maniu, Mikolajczyk, Petkoff in gewissen angelsächsischen Kreisen nach wie vor genießen. Aber gerade in dieser Tatsache liegt auch eine der Ursachen der Abkehr der Bauernmassen von den alten Bauernparteien und ihren Führern.

Die Stellungnahme Manius und seiner Anhänger, die während der Pariser Friedenskonferenz offen die Ansprüche des Auslandskapitals unterstützten, hat in den Bauernmassen Rumäniens tiefe Empörung hervorgerufen. Die Tatsache, daß Mikolajczyk und seine nächste Umgebung Agenten des englischen und amerikanischen Imperialismus sind, ist eine der wichtigsten Ursachen für die Zersetzung des Polskie Stronnictwo Ludowe.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist bei den Bauernmassen das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer entschlossenen Verteidigung der nationalen Souveränität erwacht. Die Bauernschaft begreift, daß die neue Wirtschaftsstruktur der osteuropäischen Länder sich ohne nationale Unabhängigkeit nicht konsolidieren läßt, daß die Bauernformen und alle anderen Maßnahmen der neuen Demokratie, an deren Durchführung die Bauernschaft mit Leib und Leben interessiert ist, ohne die nationale Unabhängigkeit nicht vollendet werden können. Somit hat sich die Reaktion auch in dieser Frage verrechnet, und die Politik der progressiven Demokratie hat sich gerechtfertigt.

Die Schlußfolgerung aus dem Gesagten ist klar. Buchstäblich in ein paar Jahren ist vor unseren Augen der bemerkenswerte Prozeß des politischen Erwachens der breitesten Bauernmassen Osteuropas vor sich gegangen, die jahrhundertelang in Elend, Knechtschaft und geistiger Finsternis gelebt haben. Dieser Prozeß ist von der größten historischen Bedeutung. Das neue politische Gepräge der Bauernschaft solcher Länder wie Polen, Jugoslawien, Bulgarien und Rumäniens ist noch ein weiterer Beweis für die Vorzüge der Demokratie, die in den Ländern Osteuropas errichtet worden ist, es ist ein hervorragender Gradmesser ihrer progressiven Bedeutung und ihrer wachsenden Erfolge.

## Die deutsche Frage und die kleinen Staaten Europas

L. BESYMENSKI

Die MOSKAUER TAGUNG des Außenministerrats ist zu Ende, das deutsche Problem wird jedoch in allen Ländern weiter erörtert, und das ist auch begreiflich. Nimmt dieses Problem doch eine zentrale Stellung unter den nichtgelösten Aufgaben der Nachkriegsgestaltung der Welt ein.

Wird Deutschland je wieder die Sicherheit Europas gefährden? Wodurch kann eine neue deutsche Aggression abgewendet werden? Diese Fragen stellen sich immer wieder die Völker der ganzen Welt, vor allem die der europäischen Län-

der, die schon wiederholt eine deutsche Aggression zu erdulden hatten. Sie haben hierzu eine ganze Anzahl von Gründen.

Erstens erinnert man sich in jedem beliebigen Lande Europas noch daran, daß vor 28 Jahren im Spiegelsaal von Versailles ein Vertrag unterschrieben wurde, der als probates Mittel für die Sicherstellung eines ewigen Friedens angepriesen wurde. Der Versailler Frieden hat aber die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt. Wie muß der neue Friedensvertrag aussehen, damit er den Frieden wirklich garantiert?

Der zweite Grund ist der, daß nicht jedes Land stark genug ist, sich gegen eine Aggression zur Wehr zu setzen. Im zweiten Weltkrieg hat es sich gezeigt, daß nur ein Staat, die Sowjetunion, imstande war, dem deutschen Aggressor mit eigenen Kräften entgegenzutreten und ihm eine entscheidende Niederlage beizubringen. Die kleinen Länder können natürlich ihre Sicherheit mit eigenen Kräften nicht bewahren. Werden in der Nachkriegswelt nach ihrer Neugestaltung wirksame Garantien für die Sicherheit namentlich der kleinen Länder vorhanden sein?

Der dritte Grund ist der, daß die kleinen Länder Europas durch den Krieg erschöpft und von Deutschland ausgeplündert sind. Ihre Volkswirtschaft kann der Bevölkerung noch keine normalen Lebensbedingungen bieten. Werden die kleinen Länder die Möglichkeit erhalten, ihre Volkswirtschaft wiederaufzubauen?

Daher das rege Interesse, mit dem man in allen Ländern Europas die Erörterung der sich aus dem Friedensvertrag mit Deutschland ergebenden Probleme verfolgt. Wie wird dieser Vertrag den Interessen der kleinen Länder Rechnung tragen, was wird er ihnen bringen? Wird sich die traurige Geschichte von Versailles nicht etwa wiederholen?

Im Januar 1919 fehlte es nicht an Phrasen darüber, daß alle alliierten Länder an der Vorbereitung des Friedens weitgehendst zu beteiligen seien. Auf der Friedenskonferenz von Versailles trafen die Vertreter von 27 Staaten zusammen. Das äußere Dekorum konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß von einer wirklichen Beteiligung aller interessierten Länder an der Ausarbeitung des Vertrags keine Rede war. Schon die Zusammensetzung der Konferenz sprach Bände. Zur Ausarbeitung des Vertrags wurden z. B. auch Bolivien, Peru, Ekuador und Uruguay herangezogen, deren Teilnahme am Krieg nur im Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland bestanden hatte. Die praktisch am meisten interessierten Länder wurden von der Teilnahme an der Ausarbeitung der Beschlüsse ausgeschlossen. Die damals allmächtigen „Drei“ — Lloyd George, Clemenceau und Wilson —, die sich sogar entschlossen, die Ansichten Sowjetrußlands unberücksichtigt zu lassen, äußerten nicht den geringsten Wunsch, den Forderungen der kleinen Staaten Rechnung zu tragen.

Heute ist die internationale Lage von Grund auf anders als 1919.

Als der damalige Friedensvertrag ausgearbeitet wurde, schalteten und walten die imperialistischen Politiker uneingeschränkt. Der Versailler Frieden kam nicht nur ohne Beteiligung Sowjetrußlands zustande, man hoffte sogar, Deutsch-

land als Rambock gegen die junge Sowjetrepublik benutzen zu können.

Heute, 1947, nimmt die Sowjetunion an der Lösung aller Nachkriegsprobleme tätigen Anteil. Die kleinen Länder haben an ihr einen starken und konsequenten Sachwalter ihrer Interessen. Durch den zweiten Weltkrieg und die Vernichtung der wichtigsten Bruttostätten des Weltfascismus sind die Kräfte der Demokratie in der ganzen Welt gewachsen und erstarkt. Die neuen demokratischen Staaten Osteuropas haben in der Völkerfamilie den ihnen zukommenden Platz eingenommen.

Im Jahre 1919 blieb Deutschland die militärische Besetzung erspart. Daher wurden die Forderungen der von der deutschen Aggression in Mitleidenschaft gezogenen Länder zum großen Teil nicht berücksichtigt.

Seit 1945 dagegen ist Deutschland von den Truppen der Großmächte, die den Hitlerfaschismus niedergeworfen haben, besetzt. Die Länder, deren Schuldner Deutschland ist, haben unter solchen Umständen allen Anlaß, auf eine Befriedigung ihrer rechtmäßigen Forderungen zu rechnen.

Schließlich besitzt man 1947 bereits gewisse Erfahrungen im Abschluß eines Friedens, sowohl negativer Art (Versailles) als auch positiven Charakters (die Friedensverträge mit fünf Verbündeten Deutschlands im zweiten Weltkrieg).

\* \* \*

Die in der internationalen Lage eingetretenen Veränderungen sind für die kleinen Länder Europas von wesentlicher Bedeutung. Früher suchten sie mit Hilfe ihrer imperialistischen Gönner, von dem besieгten Staat noch manchen Bissen zu ergattern. Heute hat man andere Programme. Eine Reihe kleiner Länder betrachtet Deutschland nicht von dem eigenen engen Gesichtspunkt aus, sondern vom Gesichtspunkt der Interessen ganz Europas. Sie bemühen sich, den Großmächten bei der Lösung der international wichtigsten Frage nach Deutschlands Zukunft, soweit es in ihren Kräften steht, an die Hand zu gehen.

Anfang dieses Jahres gaben die Regierungen der von der deutschen Okkupation in Mitleidenschaft gezogenen oder am Krieg gegen Deutschland beteiligt gewesenen kleinen Länder auf der Londoner Beratung der Sonderbeauftragten ihre Meinung und ihre Vorschläge bekannt. Die wichtigsten konstruktiven Vorschläge, die von den meisten Ländern gemacht wurden, gingen davon aus, daß die Sicherheit in Europa vor allem durch die Unterbindung einer neuen deutschen Aggression gewährleistet werden kann. Deutschland muß militärisch und ökonomisch abgerüstet werden.

Dies ist durch eine Kontrolle über alle Seiten des Lebens in Deutschland zu gewährleisten. Die vier Großmächte sollen das Land weiter besetzt halten. Die meisten kleinen Länder erklärten sich in diesem Zusammenhang bereit, ihnen bei der Erfüllung dieser Aufgabe behilflich zu sein.

Die Kontrolle der verbündeten Mächte über Deutschland bezweckt seine Demilitarisierung und Demokratisierung. Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Norwegen und andere kleinere Länder setzen sich tatkräftig für die Beschlüsse der Berliner Konferenz ein, die diesem Ziel dienen. Deutschlands Nachbarländer sind über das schleppende Tempo der Denazifizierung in den westlichen Besatzungszonen beunruhigt. Diese Länder sind an einer wahren Demokratisierung des gesamten politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens des deutschen Volkes zutiefst interessiert: die Volkswirtschaft Deutschlands soll endlich den Monopolvereinigungen, die sie zur Vorbereitung einer Revanche ausnutzen können, aus der Hand genommen werden.

In der Politik der kleinen Länder machen sich jedoch verschiedenerlei Tendenzen fühlbar. Die einen gehen selbständig ihren Weg und lassen sich von ihren Lebensinteressen und von ihrem Streben nach Festigung der internationalen Zusammenarbeit leiten. Die andern sind es gewohnt, sich im Fahrwasser stärkerer Mächte zu bewegen. Das spiegelt sich auch darin wider, wie sie das deutsche Problem behandeln.

Die Moskauer Außenministertagung hat sich sehr eingehend mit der künftigen Staatsstruktur Deutschlands befaßt. Bei der Erörterung dieses Problems erkannte die Welt ganz deutlich zwei Richtungen. Die einen wollen, daß ein demokratischer deutscher Einheitsstaat bleibt, die anderen wollen Deutschland gewaltsam „föderalisieren“, d. h. es unter dem Deckmantel der Förderung zerstückeln. Wie stehen die kleinen Länder Europas zu dieser Frage?

Ausschlaggebend für sie ist, daß eine Wiederholung der Aggression unmöglich gemacht werden muß. Hieran zweifelt man weder in der Tschechoslowakei noch in Holland, und trotzdem vertreten die verschiedenen Länder nicht den gleichen Standpunkt. Die einen meinen, nur ein einheitliches Deutschland biete die Gewähr für eine wahre Demokratisierung seines gesamten öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die politische Einheit des Landes bilde eine stabile Grundlage für die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf friedliches Geleise. Ein zerstückeltes Deutschland aber biete keine Sicherheit gegen eine Revanche. Im Gegenteil, die Zerstückelung würde die Revanchestimmungen schüren und den

chauvinistischen, reaktionären Kräften einen Trumpf in die Hand spielen. Dieser Standpunkt wird von einer Reihe kleiner Länder vertreten, darunter von Polen, der Tschechoslowakei u. a. m.

Manche Länder vertreten jedoch einen anderen Standpunkt. Am klarsten trat er in der holländischen Denkschrift an die Sonderbeauftragten der Außenminister zutage. Holland schlug vor, Deutschland strukturell völlig zu dezentralisieren und einen „deutschen Staatenbund“ zu schaffen. Man will Deutschland die Dezentralisierung als obligatorische Bestimmung des Friedensvertrags aufzwingen. Als Argument für eine Zerstückelung führt man an, daß Deutschland als großer Staat für schwache Nachbarn (z. B. Dänemark oder Luxemburg) bedrohlich wäre. Gäbe es an seiner Stelle eine Anzahl kleiner Staaten — Sachsen, Bayern, Hessen usw. —, so wäre das für die kleinen Nachbarländer beruhigender.

Dieses Argument kann nur auf den ersten Blick stichhaltig erscheinen. Die Ereignisse erstarren nicht in dem gegebenen Zustand, der manchen Politikern erwünscht wäre. In den Kleinstaaten einer gewaltsam gespaltenen deutschen Nation würde in allerkürzester Frist eine Vereinigungsbewegung, noch dazu auf Grund reaktionärer Revancheabsichten, entstehen. Ein solcher nach Vereinigung und Revanche trachtender „Staatenbund“ als Nachbar läge kaum im Interesse Hollands oder Dänemarks. Es sei nur daran erinnert, daß gerade Dänemark 1864 als erstes der von Bismarck betriebenen Politik für ein geeintes Deutschland zum Opfer gefallen ist.

Eine Zerstückelung Deutschlands wird von den angelsächsischen Mächten angestrebt, die Deutschland machtlos dem Druck der amerikanischen und englischen Monopole aussetzen möchten, die demokratische Entwicklung des Landes verhindern und Westdeutschland als Basis für einen „Westblock“ benutzen wollen. Dieser Plan liegt im Interesse der amerikanischen und englischen Banken und Konzerne, die Europa in die Hand bekommen möchten; mit den Interessen der europäischen Länder und mit Sicherheitsgarantien hat er jedoch nichts zu tun. Diejenigen Vertreter kleiner Staaten, die die Forderung nach Zerstückelung Deutschlands unterstützen, lassen sich von ihren englischen und amerikanischen Brotberren am Gängelband führen und kümmern sich nicht um die nationalen Interessen ihrer eigenen Länder. Manchen von ihnen fällt es natürlich zuweilen schwer, eine selbständige Meinung zu äußern, da sie zu sehr unter Druck stehen. Das läßt ihren Standpunkt aber keineswegs plausibler erscheinen...

Für die Schaffung der Grundlagen eines dauerhaften Friedens in Europa ist es außerordentlich wichtig, daß das Problem des Ruhrgebiets richtig gelöst wird. Hieran sind Deutschlands Nachbarn ganz besonders interessiert.

Folgende Ziffern ermöglichen einen Vergleich zwischen dem Ruhrgebiet und den Ländern Europas. Die jährliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet betrug vor dem Kriege 130 Millionen Tonnen, in zehn kleineren Ländern Europas (Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Griechenland, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Luxemburg) zusammen nur 98 Millionen Tonnen. An Roheisen erzeugte das Ruhrgebiet jährlich über 12 Millionen Tonnen, die aufgezählten zehn Länder etwas über 7 Millionen Tonnen. Vor dem Kriege wurden im Ruhrgebiet alljährlich über 16 Millionen Tonnen Stahl erzeugt, in den erwähnten zehn Ländern aber nur 8,6 Millionen Tonnen.

Das Ruhrgebiet bildete die wichtigste militärische und ökonomische Basis der deutschen Aggression. Jetzt fordern fast alle kleinen Länder Europas, daß das Ruhrgebiet unter spezielle Kontrolle gestellt wird. Diese Kontrolle wird jedoch verschieden aufgefaßt.

So heißt es z. B. in dem Vorschlag Belgiens, man solle das Ruhrgebiet unter zweierlei Kontrolle, unter militärische und unter ökonomische, stellen. Die militärische Kontrolle sollen Großbritannien und die vier westlichen Nachbarländer Deutschlands, nämlich Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland, ausüben, während sich an der ökonomischen Kontrolle außer ihnen auch „beliebige andere“ Länder beteiligen könnten.

Der belgische Vorschlag zielt darauf ab, die Sowjetunion von der Kontrolle über das Ruhrgebiet auszuschließen. Liegt dies aber im Interesse des belgischen Volkes? Liegt es nicht vielmehr im Interesse der belgischen Monopolherren, die kürzlich ein belgisch-holländisch-luxemburgisches Wirtschaftsbündnis (genannt BENELUX) abgeschlossen haben, sowie derjenigen englischen Verfechter „Vereinigter Staaten von Europa“, die dieses Bündnis als das Musterbild eines „Westblocks“ begrüßen?

Im Gegensatz zu diesen Plänen unterstützen die anderen kleinen Länder den Vorschlag, das Ruhrgebiet unter die gemeinsame Kontrolle der vier Großmächte zu stellen.

Diesen Vorschlag hat die Delegation der Sowjetunion dem Außenministerrat auf seiner Pariser Tagung vom Juli v. J. und dann nochmals auf seiner Moskauer Tagung im März d. J. unterbreitet. Er stieß auf den Widerstand der britischen Delegation. Bevin berief sich darauf, daß das Ruhrgebiet zur britischen Besatzungszone gehört,

und erklärte, jede Kontrolle von anderer Seite würde die Rechte Großbritanniens verletzen.

Daß dieses Argument nicht stichhaltig ist, liegt auf der Hand. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Sowjetregierung sich seinerzeit mit der Besetzung Berlins durch die vier Mächte einverstanden erklärt hat, obwohl Berlin in der sowjetischen Besatzungszone liegt. Dies wurde nicht als Verstoß gegen die Rechte der Sowjetunion angesehen. Folglich wäre auch eine gemeinsame Kontrolle der vier Mächte über das Ruhrgebiet keine Verletzung der Rechte irgendeines Landes. Es wäre nur natürlich, wenn das ökonomische Zentrum Deutschlands, das Ruhrgebiet, ähnlich wie sein politisches Zentrum, Berlin, von den vier Mächten gemeinsam kontrolliert wird.

Trotz der langwierigen Erörterungen wurde in Moskau keine Einigung über das Ruhrgebiet erzielt. Die Lösung dieses Problems bleibt auch weiter als außerordentlich wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. Seine positive Lösung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherheit aller Länder, besonders der kleinen.

\* \* \*

Deutschland liegt im Herzen Europas. Neun von den zehn Nachbarländern Deutschlands fielen der Hitleraggression zum Opfer. Daher sind die sich aus der Friedensgestaltung in Europa unweigerlich ergebenden Territorialfragen für sie von großer Bedeutung.

Die Berliner Konferenz von 1945 hat bereits einen wichtigen Beschuß über Deutschlands Ostgrenze gefaßt. Die Gebiete östlich der Oder und Neiße wurden Polen zurückerstattet. In den Jahren 1945/46 wurden Massen von Polen im Westen angesiedelt, Ende 1946 machten die Polen bereits 85 Prozent der Bevölkerung dieser Gebiete aus. Durch die Rückerstattung der seinerzeit von Deutschland eroberten polnischen Stammelände an das Mutterland ist eine historische Ungerechtigkeit wiedergutgemacht und gleichzeitig auch Polens Sicherheit gestärkt worden.

Die übrigen Territorialfragen sind noch nicht gelöst. Die Tschechoslowakei fordert die Grenzen von 1937, schlägt jedoch gleichzeitig eine gewisse Berichtigung der deutsch tschechoslowakischen Grenze vor, wodurch insgesamt 800 qkm. betroffen wären. Diese Veränderungen sollen im Sudetenraum die Sicherheit gewährleisten.

Die westlichen Nachbarn Deutschlands fordern ebenfalls eine Verschiebung der Grenzen. Holland beansprucht den Kreis Grafschaft Bentheim und eine Berichtigung der Grenze im Raum Vrede, Kleve, Emmerich, Roermond, Sittard, Herzogenrath und Aachen. Es handelt sich um ein Territorium von 1750 qkm mit 120 000 deutschen Ein-

wohnern. Außerdem verlangt Holland die Emsmündung einschließlich des östlichen Ufers des Döllart.

Belgien fordert eine Berichtigung der Grenze im Raum der Strecke Eupen — Sain-Vit.

Luxemburg schlägt an mehreren Stellen eine Berichtigung der deutsch-luxemburgischen Grenze zu seinen Gunsten vor.

Alle diese Forderungen sind bei der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages zu erörtern.

\* \* \*

Auf der Moskauer Tagung nahm die Frage der deutschen Reparationen besondere Schärfe an. Widersetzen sich die angelsächsischen Mächte unter den verschiedensten Vorwänden den Reparationen an die Sowjetunion, so tun sie das im Hinblick auf die kleinen Länder noch unverblümter.

Aus dem Bericht Jacques Rueff's, des Vorsitzenden des Internationalen Reparationsbüros, geht hervor, wie die englischen und amerikanischen Behörden die Erfüllung der rechtmäßigen Forderungen der kleinen verbündeten Länder bisher vereitelt haben und auch weiter vereiteln. Der Wert der an 18 verbündete Staaten auf Reparationskonto gelieferten Maschinenanlagen macht nicht einmal 1 Prozent des Reparationsplans aus. Der Gesamtwert der von den 18 in Mitleidenschaft gezogenen Ländern erhaltenen Reparationen ist minimal (etwa 83 Millionen Dollar). Gleichzeitig haben sich die im Kriege reich gewordenen USA, selbst sehr bescheidenen offiziellen Angaben zu folge, Reparationen im Werte von 275 Millionen Dollar verschafft, also das Dreifache dessen, was diese 18 Länder zusammen erhalten haben. In Wirklichkeit ist die Ziffer für die USA noch um ein Vielfaches höher. So sieht die „uneigennützige“ Fürsorge der transatlantischen Wohltäter für die geplünderten Länder Europas aus.

Die englischen und amerikanischen Behörden vereiteln nicht nur die planmäßige Lieferung kapitaler Ausrüstungen, sie wenden sich auch gegen andere Formen der Wiedergutmachung, gegen Lieferungen aus der laufenden Produktion und gegen die für die kleinen Länder besonders wichtigen Reparationen in Form sog. Dienstleistungen. Die Tschechoslowakei beansprucht z. B. gewisse Vorfürstentüre für den Transitverkehr durch Deutschland, die sie übrigens auch bis 1939 genossen hat. Die englischen und amerikanischen Behörden erkennen dieses Vorrecht nicht an, ja, sie lassen sich sogar den Transitverkehr durch ihre Zonen in amerikanischer und englischer Währung bezahlen. Die Tschechoslowakei erhält also nicht nur keine Reparationen, sie findet in dieser Frage nicht nur keine Unterstüt-

zung bei den Alliierten, sondern ist auch noch gezwungen, ihnen Zahlungen zu leisten und ihren Haushalt mit zusätzlichen Valutabürden zu belasten.

Häufig bezeichnet man die Stellungnahme der angelsächsischen Mächte zum Ruhrgebiet als „Kohlendiplomatie“. Im Hinblick auf die kleinen Länder Europas betreiben sie eine analoge „Reparationsdiplomatie“, eine Spielart der Diplomatie des Diktats und der Gewalt, wie sie jetzt auf Initiative der Kreise so gerne angewandt wird, die über die Politik der USA und Englands bestimmen. Wie historische Beispiele verschiedentlich gezeigt haben, führt aber die Diplomatie der Gewalt zu nichts Gute. Es ist an der Zeit, sie auch in der Reparationsfrage zum alten Eisen zu werfen.

Was die Sowjetunion betrifft, so vertritt sie konsequent und entschlossen die Rechte aller demokratischen Länder, die gegen den Faschismus gekämpft haben. Sie besteht auf restloser Erfüllung des Reparationsprogramms für Deutschland zugunsten aller interessierten Länder. Diese Haltung der Sowjetunion findet bei den kleinen Ländern Europas weitgehende Unterstützung.

\* \* \*

Wesentlich ist, in welcher Weise die kleinen Staaten an der Ausarbeitung des künftigen Friedensvertrags für Deutschland teilnehmen werden.

Es gibt wohl keinen einzigen Staat, der nicht mehr oder minder an der Lösung des deutschen Problems interessiert wäre. Grad und Natur dieses Interesses sind jedoch verschieden. Niemand dürfte daran zweifeln, daß die Tschechoslowakei mehr an einer Demilitarisierung Deutschlands interessiert ist als Uruguay; das Problem der Liquidierung des deutschen Kriegspotentials ist für Polen von erheblich größerer Bedeutung als für Neuseeland. Einer neuen deutschen Aggression wären nicht in erster Linie Kanada oder Brasilien ausgesetzt, sondern die Deutschland benachbarten europäischen Länder, die im Kriege die größten Opfer gebracht haben. Das ist der Grund, warum bei der Lösung der deutschen Frage vor allem die Meinung der verbündeten Länder Europas gehört werden muß.

Schon im Dezember v. J. schuf der Außenminister in Newyork eine gerechte Grundlage für die Befreiung der kleinen Länder an der Erörterung der deutschen Frage, indem er beschloß, alle Deutschland benachbarten verbündeten Staaten sowie solche Staaten heranzuziehen, die mit ihren Streitkräften am gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilgenommen haben. Dieses Prinzip kam in dem Beschuß der Moskauer Außenministertagung über die Einsetzung einer

Beratungs- und Informationskommission zum Ausdruck, die die Regierungen der verbündeten Länder über die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages auf dem laufenden halten; ihnen die entsprechenden Dokumente zuleiten und sie in den angeschnittenen Fragen konsultieren soll.

Von diesem Prinzip ausgehend, müßte auch Albanien zu den eingeladenen Ländern gehören. Dieses 1 Million Einwohner zählende Land hat 70 000 Mann, d. h. prozentual nicht weniger als Kanada, gegen Hitler mobilisiert, es hat in den Gefechten gegen die Nazis mehr Verluste an Menschenleben erlitten als Neuseeland und die Südafrikanische Union zusammengenommen. Trotzdem haben sich die Delegationen der USA und Großbritanniens einer Einladung Albaniens hartnäckig widersetzt.

Die Fragen des bei der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages zu befolgenden Verfahrens sind in Moskau nicht endgültig gelöst worden. Die Sowjetdelegation setzte sich für Prinzipien ein, denen zufolge arbeitsfähige und kompetente Organe für die Ausarbeitung des Vertrages geschaffen werden sollen, stieß damit aber auf den erbitterten Widerstand der Vertreter der USA und Großbritanniens. Im letzten Stadium der Tagung hielt Marshall es für angebracht, von den erzielten Vereinbarungen zurückzutreten und zu fordern, daß zur Ausarbeitung des Vertrages alle Länder — mehr als fünfzig an der Zahl — herangezogen werden sollen, die mit Deutschland im Kriegszustand waren. Man schlägt vor, sie zur Teilnahme an der Beratungs- und Informationskommission und zur Friedenskonferenz einzuladen. Die Arbeitsausschüsse und -unterausschüsse sollen, diesem Vorschlag zufolge aus der „angemessenen Anzahl von Vertretern“ geschaffen werden, „die unter den Vertretern der verbündeten Mächte auszuwählen sind“. Man schlägt für die Friedenskonferenz ein kompliziertes System der Stimmenzählung für die verbündeten Länder vor, und zwar für die Nachbarländer Deutschlands und die mit ihren Streitkräften am Krieg beteiligt gewesenen Länder sowie für die übrigen verbündeten Staaten. Wie sich unschwer voraussehen läßt, würden sich bei einem solchen System die künftige Friedenskonferenz und die vorbereitenden Organe in Diskussionsklubs verwandeln, die unfähig wären, irgendwelche wirk-

samen Beschlüsse zu fassen. Durch ein derartiges Verfahren würde man Länder gleichstellen, die im Krieg durchaus keine gleichwertige Rolle gespielt haben. Kann man z. B. das heroische Jugoslawien mit der Türkei gleichsetzen, die den Hitlerfaschisten geholfen hat? Kann man Polen und Paraguay auf die gleiche Stufe stellen?

Dieses Prinzip hat sich auf der Versailler Konferenz als untauglich erwiesen; 1919 war es untauglich für 27 Staaten, 1947 ist es ebenso untauglich für 50 Staaten. Niemand will den verbündeten Mächten, den Ländern, die am Kriege teilgenommen oder Deutschland den Krieg erklärt haben, ihre Rechte schmälern; auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen erscheint es jedoch geboten, daß die Vorbereitung des Friedensvertrages möglichst zweckmäßig organisiert wird.

Die Lösung der Prozedurfragen steht noch bevor. Auf Versailles jedenfalls darf nicht zurückgegriffen werden. Die Grundlagen, auf die man sich bei der Heranziehung der kleinen Länder zur Ausarbeitung des Friedensvertrags zu stützen hat, sind bekannt, es liegt keine Ursache vor, sie zu ignorieren. Sie bestehen in den Beschlüssen der Berliner Konferenz, in den bei der Ausarbeitung der Friedensverträge für die ehemaligen Verbündeten Deutschlands gesammelten Erfahrungen und schließlich in den bereits erzielten Vereinbarungen über die Prinzipien, die bei der Einladung der verbündeten Staaten obwalten sollen.

Diese Grundlagen müssen auch für das Verfahren bei der Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Deutschland maßgebend sein.

Die Interessen der kleinen Länder müssen berücksichtigt, ihre rechtmäßigen Forderungen befriedigt werden, denn ihre Interessen sind unlösbar verbunden mit den Interessen der gesamten freiheitliebenden Menschheit. Es existiert keine „Sicherheit“, die für Frankreich Sicherheit, für Polen aber Gefahr bedeutete. Der Frieden wäre nicht allgemein, wenn er für England garantiert, für Albanien aber nicht gewährleistet wäre. Es gibt nur eine Sicherheit für die ganze Welt. In diesem Bewußtsein erwarten die kleinen Länder von ihren großen Verbündeten die Schaffung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt. Derartige Erwartungen dürfen auf keinen Fall enttäuscht werden.

# Über die ökonomischen Probleme und die Tätigkeit der tschechoslowakischen Gewerkschaften

Unterredung mit den tschechoslowakischen Gewerkschaftern  
Evžen Erban, Ružena Volinová und František Zupka.

Kürzlich ist eine tschechoslowakische Gewerkschaftsdelegation in der Sowjetunion eingetroffen. Delegationsleiter sind Evžen Erban, Generalsekretär des Zentralrats der tschechoslowakischen Gewerkschaften, und František Zupka, Vorsitzender des slowakischen Gewerkschaftsrats. Der Delegation gehört u. a. Ružena Volinová, Vorsitzende der Wirtschaftssektion des Zentralrats der Gewerkschaften, an. Nachstehend bringen wir die Ausführungen dieser Gewerkschafter aus einer Unterredung, die wir mit ihnen hatten.

## Evžen ERBAN

Wir sind unmittelbar vor dem Fest der Werktagen der ganzen Welt, dem 1. Mai, in der Sowjetunion eingetroffen und freuen uns, dem Sowjetvolk brüderliche Grüße überbringen und ihm im Namen seiner Brüder, der Völker der tschechoslowakischen Republik, von ganzem Herzen neue Erfolge und Siege wünschen zu können.

Wahre Freunde erkennt man im Unglück. Die Völker unseres Landes erkannten, als das Unglück — der Ansturm der faschistischen deutschen Horden — über sie hereinbrach, den Sinn und die Stärke der wahren Freundschaft, die sie mit den Völkern der Sowjetunion verbindet. Während der Kriegsjahre ist im Bewußtsein unserer Landsleute manche Veränderung vorgegangen. Das ist auch ganz natürlich, denn an Wendepunkten der Geschichte pflegen alle Werte überprüft und umgewertet zu werden. Eine gründliche Umwertung erfuhr in der Tschechoslowakei der Gedanke der einseitigen, sogenannten „westlichen Orientierung“.

Die Tschechoslowakei stand immer in engen Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten. Viele hervorragende tschechische und slowakische Persönlichkeiten orientierten sich, besonders nach dem ersten Weltkrieg, auf den Westen. Auf den Westen eingestellt waren der größte Teil der Geistesarbeiter und die wohlhabenden Klassen. Die Volksbildung hielt sich an westliche Vorbilder. Studiert wurden in der Hauptsache das westliche Kulturerbe, die westeuropäischen Sprachen. Ich selbst habe die Ergebnisse dieser einseitigen Politik zu spüren bekommen. Ich

kenne die englische und die französische Sprache viel besser als die russische.

Aber schon vor dem zweiten Weltkrieg trat ein Umschwung ein. Alle demokratischen Massenparteien sagten sich von der einseitigen Westorientierung los. Ein entscheidendes Moment bei diesem Umschwung war München. Die Münchener „Friedensstifter“ haben die Illusion einer traditionellen Westorientierung selbst zerschlagen. Die Massen haben eine gute politische Schule durchgemacht.

München versetzte dem tschechoslowakischen Staat einen vernichtenden Schlag. Das Schicksal unseres Vaterlandes stand auf dem Spiel. In dieser schwersten Zeit, als es faktisch um die Existenz der Völker der Tschechoslowakei ging, entstanden und formten sich in ihrem Bewußtsein neue Überzeugungen, neue Gefühle. Es versteht sich von selbst, daß nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion Millionen unseres Volkes mit ihren Gedanken im Osten weilten, wo sich das Geschick der Menschheit entschied. Nach Stalingrad zeichneten sie tagtäglich, den Rundfunkmeldungen folgend, jede Bewegung der Sowjetarmee auf der Karte ein. Sie wußten, jeder Kilometer vorwärts war ein neuer Schritt zur Befreiung der Tschechoslowakei vom faschistischen Joch.

Die Sowjetarmee kam nach Berlin, nach Wien, nach Budapest und Prag — der Krieg ging zu Ende. Manche von den „Westlern“ zischten, die Tschechoslowakei würde eine Kolonie der Sowjetunion werden, sie bekäme nun eine „Sowjetdiktatur“. Das war eine vorsätzliche Lüge. Die Sowjetarmee verließ, als sie die Hitlerhorden endgültig zerschlagen hatte, die Tschechoslowakei. Die Sowjetunion übte auf die Willensäußerung des

tschechoslowakischen Volkes nicht den geringsten Druck aus, noch mehr, die Sowjetunion überließ der Tschechoslowakei das, worauf sie ein volles Anrecht hatte, nämlich verschiedene Kriegstrophäen, die den Deutschen abgenommen worden waren.

Infolgedessen hat sich in der Tschechoslowakei die kameradschaftliche, freundschaftliche, brüderliche Einstellung zur Bevölkerung der Sowjetunion, zum Sowjetland konsolidiert. Diese Einstellung fußt auf der Erfahrung, auf der Praxis, auf der Realität.

Kein mit gesundem Menschenverstand begabter Bewohner der Tschechoslowakei glaubt jetzt, daß die Sicherheit unserer Heimat ohne Verbindung zum Sowjetland, ohne seine Hilfe gewährleistet werden könnte. Wir sind uns ganz klar darüber, daß der Aufbau einer neuen, progressiv-demokratischen Republik, die Schaffung einer kräftigen, von ausländischen und einheimischen Kapitalisten unabhängigen Volkswirtschaft, die Demokratisierung des gesamten öffentlichen und politischen Lebens, die Existenz einer freien Gewerkschaftsbewegung entweder völlig unmöglich wäre, wenn wir die Sowjetunion nicht zum Bundesgenossen und Nachbarn hätten, oder aber, daß all dies von der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei durch langes Ringen und kolossale Opfer erkauft werden müßte. Die tschechoslowakische Reaktion hat mit Hilfe der ausländischen „westlichen“ Reaktion alles getan, um unseren Staat auf den alten Weg zurückzuführen. Wäre ihr dies gelungen, so wäre die Tschechoslowakei ein schwaches, gänzlich von den kapitalistischen Monopolen des Westens abhängiges Land geblieben.

Jetzt werden sich in der Tschechoslowakei keine Kräfte mehr finden, die die Entwicklung und die Politik unseres Landes rückwärts lenken könnten. Natürlich gibt es noch immer Elemente, die uns zum Stehen, zur Abkehr von unserem neuen Wege bringen wollen, denen unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion unerwünscht sind. Die Freundschaft und das Bündnis zwischen unseren beiden Ländern hindern sie an der Verwirklichung ihrer eigennützigen Ziele. Sie wissen, daß ihre egoistischen Klasseninteressen unter der Konsolidierung dieser Freundschaft leiden. Aber nie werden diese Elemente imstande sein, in der Tschechoslowakei eine entscheidende Rolle zu spielen.

Das tschechoslowakische Volk hat der Reaktion ihre ökonomische Basis entzogen, die Großindustrie, die Rohstoffquellen, die Banken sind in die Hände des Volkes übergegangen. Nie wieder wird es seine Volkswirtschaft, das Unterpfand seiner Prosperität, seiner Selbständigkeit, seiner Freiheit aus der Hand geben.

In Wirtschaftsbeziehungen stehen wir sowohl zum Osten als auch zum Westen. Wollten wir uns bei dem heutigen Stand der Wirtschaft ökonomisch nur auf eine Richtung, gar auf den Westen, orientieren, so würden wir unserem Lande großen Schaden zufügen.

Behielte die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei ihre frühere Basis bei, so wäre sie ständig von Krisen bedroht. Unser Staat aber verfügt über eine nationalisierte Industrie, die Arbeiterklasse übt zusammen mit der Bauernschaft auf die Staatsmacht entscheidenden Einfluß aus. Die Werktätigen erkennen mit aller Klarheit, daß die tschechoslowakische Volkswirtschaft im Falle einer neuen Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern starke Verteidigungspositionen innehat. Diese Positionen fußen auf drei Voraussetzungen: erstens auf der Organisierung der Volkswirtschaft auf Grundlage einer nationalisierten Industrie und nationalisierter Finanzen unter völliger Ausschaltung des Einflusses des Auslandskapitals; zweitens auf der neueingeführten Planwirtschaft; drittens auf den engen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. All dies gibt unserem Volke feste Zuversicht auf den morgigen Tag, auf neue Erfolge, die die Volksdemokratie, die Wirtschaft, die Kultur, die Kunst und die Wissenschaft zu voller Blüte führen, die nationale Unabhängigkeit der tschechoslowakischen Republik noch stärker ausbauen werden.

Wir wissen, daß auch in den westlichen Staaten progressive Kräfte existieren und kämpfen. Unsere Sympathien sind ganz auf ihrer Seite. Die traurigen Erfahrungen der Vergangenheit haben uns jedoch beigebracht, uns die Lehren der Praxis, des Lebens ernsthaft zu Herzen zu nehmen. Wir schätzen das reale Kräfteverhältnis nicht nur international, sondern auch in jedem einzelnen Lande sehr wohl ein. Wenn die Werktätigen unseres Landes den Kurs der tschechoslowakischen Politik festlegen, stellen sie nicht die Alternative: Osten oder Westen. Sie sind für den Osten, weil er sozialistisch, und für den Westen, soweit auch er demokratisch ist.

### Ružena VOLINOVA

Die Presse der kapitalistischen Länder ließ sich seinerzeit des langen und breiten darüber aus, daß die tschechoslowakische Volkswirtschaft nach dem Kriege nur mit Hilfe der westeuropäischen Länder wiederhergestellt werden könne. Namentlich wurde behauptet, wir könnten im ehemaligen Sudetengebiet nicht ohne deutsche Fachleute und Arbeiter die Produktion wieder aufziehen. Die Praxis hat diese düsteren Voraussagungen jedoch

widerlegt. Die Betriebe des Grenzgebiets sind nach der Aussiedlung der Deutschen wiederhergestellt worden, sie sind leistungsfähig und produzieren ohne Unterbrechung.

Es gab natürlich auch Schwierigkeiten, aber wir haben sie überwunden. Die Gewerkschaften haben dem Staat z. B. sehr tatkräftig geholfen, für die Steinkohlenindustrie dieses Gebiets Arbeitskräfte zu beschaffen. Es war selbstverständlich nicht gleich möglich, die erforderliche Anzahl von Arbeitern ausfindig zu machen, um die ausgesiedelten Deutschen restlos zu ersetzen. Als die Gewerkschaften diese Schwierigkeit erkannten, stellten sie aus sich freiwillig melden den Arbeitern der Betriebe in den Zentralbezirken des Landes Hunderte von Arbeitertrupps zusammen. Diese fuhren in die Bergwerke und arbeiteten dort je vier Monate, worauf sie von neuen Trupps abgelöst wurden. Es arbeiteten in den Gruben jeweils 7000—10 000 Freiwillige.

Die Industrie des Grenzgebiets wird nicht nur wiederhergestellt, sondern gleichzeitig auch reorganisiert. Der Aufbauplan teilt die Betriebe in drei Kategorien ein. Zur ersten Kategorie gehören die größten, am besten instand gehaltenen Fabriken mit moderner Ausrüstung. Sie sind bereits restlos in Betrieb und arbeiten mit Voll dampf. Allmählich werden auch die zur zweiten Kategorie gehörigen Fabriken in Betrieb genommen. Ein Teil ist bereits im Gange, andere werden instand gesetzt. In Karlovy Vary (Karlsbad) gibt es z. B. fünf Porzellanfabriken, von denen vorläufig nur zwei in Betrieb sind. Die übrigen drei werden betriebsfertig gemacht, um eröffnet zu werden, sobald unser Porzellanexport wieder einsetzt. Viele Fabriken der zweiten Kategorie erhalten neue Ausrüstungen und werden durch Einbeziehung gleichartiger kleiner Betriebe vergrößert. In den frei werdenden Gebäuden richtet man Arbeiterwohnungen, Klubs und Erholungsheime ein. Zur dritten Kategorie gehören hauptsächlich kleine, unrentable Betriebe, die mit der Zeit geschlossen werden sollen.

Ein Teil der Industrie des ehemaligen Sudeten gebiets wird in die Slowakei verlegt, um deren Industrieniveau zu heben.

Auch die auf den Arbeitermangel in der Landwirtschaft zurückzuführenden Schwierigkeiten haben wir überwunden. Hier haben ebenfalls freiwillige Arbeitertrupps, die in den Städten hauptsächlich aus Jugendlichen gebildet wurden, eine bedeutende Rolle gespielt. Es ist zum großen Teil den jungen Freiwilligen der Front der Arbeit zu danken, wenn im Herbst v. J. die Ernte vollständig eingebracht und im Frühjahr 1947 die gesamte in Aussicht genommene Anbaufläche bestellt werden konnte.

Zu den wichtigsten Faktoren, die den Arbeitsenthusiasmus im tschechoslowakischen Volke weckten, gehört vor allem die Nationalisierung der Industrie und die Einführung der Planwirtschaft. Schon jetzt kommen diese Umgestaltungen der Bevölkerung unseres Landes in Form von greifbaren Resultaten zugute.

Die nationalisierten Betriebe werden bei uns folgendermaßen geleitet: jeder Industriezweig ist einer Zentralverwaltung, der Zentraldirektion, unterstellt. An ihrer Spitze steht ein Kollegium, das zu einem Drittel aus Gewerkschaftsvertretern, zu einem andern aus Sachverständigen besteht, die vom Industrieministerium unter den Fachleuten des betreffenden Industriezweigs ausgewählt werden. Das restliche Drittel des Kollegiums stellen die nationalen Länderräte (Zemský Národní Výbor). Daselbe System besteht auch in den einzelnen Betrieben. Der von der Zentraldirektion eingesetzte Direktor einer Fabrik untersteht einem Kollegium, dem zu gleichen Teilen in Werkversammlungen gewählte Vertreter der Arbeiter und Angestellten, ferner Fachleute und Vertreter der örtlichen Nationalräte angehören.

Nicht nur die Gewerkschafter und die Mitglieder der örtlichen Nationalräte in den Kollegien, sondern auch die Sachverständigen sind Vertreter der breiten demokratischen Öffentlichkeit. Unter ihnen finden sich Wissenschaftler, Universitätsprofessoren, Ingenieure aus anderen Betrieben.

Nachdem im Vorjahr die Deutschen umgesiedelt und die nationalisierte Industrie restlos durchorganisiert war, hatte die Regierung die Möglichkeit, einen zweijährigen Volkswirtschaftsplan auszuarbeiten und zum Gesetz erheben zu lassen. Durch die Erfüllung der in diesem Plan gestellten volkswirtschaftlichen Aufgaben wird der Lebensstandard der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit steigen.

Die Arbeiterklasse hat voll Eifer die Erfüllung des Zweijahrplans in Angriff genommen. Der Plan für das erste Quartal 1947 wurde von fast allen Industriezweigen überboten (nur die Chemikalienindustrie hat ihren Plan nicht ganz erfüllt). Die ersten Monate planmäßiger Arbeit brachten eine erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Senkung der Produktionskosten. Die nationalisierten Betriebe haben begonnen, Überschüsse abzuwerfen. Nun stand man vor der Frage: Lohnerhöhung oder Preissenkung? Mit rückhaltloser Unterstützung der Gewerkschaften wurde beschlossen, den zweiten, für die Volks wirtschaft günstigeren Weg zu wählen. Durch Regierungsbeschuß vom 1. April d. J. wurden die Preise für die notwendigsten Bedarf Artikel um 5—25 Prozent gesenkt.

Es versteht sich, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte nicht auf gleiche Weise — durch einfache Anordnung — gesenkt werden konnten. Die Regierung schuf einen Spezialfonds (6,5 Milliarden Kronen), um indirekt auf die Lebensmittelpreise einzuwirken. Dieser Fonds dient auch zur Senkung der Preise für Erzeugnisse der Hüttenindustrie, der Kohlengruben und der Kraftwerke, auf die sich der Regierungsbeschuß nicht ausdehnt. Durch Zuschüsse aus dem Fonds werden die Betriebe dieser Industriezweige für die Senkung ihrer Preise entschädigt.

Alle diese Maßnahmen waren nur dank der Nationalisierung der Industrie möglich, sie konnten nur unter einer Volksregierung durchgeführt werden, der in erster Linie die Verbesserung der Lebenslage ihres Volkes am Herzen liegt.

#### František ZUPKA

In dem volkswirtschaftlichen Zweijahrplan, mit dessen Erfüllung die Völker der Tschechoslowakei gegenwärtig beschäftigt sind, nimmt die Industrialisierung der Slowakei einen bedeutenden Platz e'n.

Jahrhundertelang schmachtete die Slowakei unter fremdländischem Joch. Vor dem ersten Weltkrieg gehörte sie zu Ungarn. Die ungarischen Feudalherren waren jedoch an einer Industrialisierung der slowakischen Gebiete keineswegs interessiert, daher verarmten die Dörfer, und in den Städten herrschte Arbeitslosigkeit. Elend und Hunger zwangen alljährlich über 20 000 Slowaken, auf der Suche nach Arbeit und Brot auszuwandern.

Die 1918 geschaffene tschechoslowakische Republik vereinte zwei wirtschaftlich völlig verschiedene Einheiten: die stark durchindustrialisierten tschechischen Landesteile und die um 40—50 Jahre industriell hinter ihnen zurückgebliebene Slowakei. Die erste tschechoslowakische Republik entwickelte zwar das Nationalbewußtsein der Slowaken, vermochte aber den Unterschied in der Industrialisierung der beiden Landesteile nicht auszugleichen. Die Slowakei blieb Agrargebiet mit einem bedeutend niedrigeren Lebensstandard als dem in den tschechischen Gebieten. So war der Lohn eines slowakischen Industriearbeiters um etwa 25 Prozent niedriger als der eines tschechischen. Selbst jetzt, wo schon Voraussetzungen für einen Ausgleich der industriellen Entwicklung geschaffen sind, sind noch immer dreimal soviel Tschechen wie Slowaken in der Industrie beschäftigt.

Die slowakische Reaktion, in deren Reihen der Klerus nicht an letzter Stelle steht, zog aus der

Rückständigkeit und Verelendung des slowakischen Volkes ihren Nutzen. Ihre Herrschaft, ihr Gewaltregime erreichte erst ein Ende, als der deutsche Faschismus, mit dem sie auf das engste verbunden war, besiegt am Boden lag.

In der neuen tschechoslowakischen Republik, die auf progressiv-demokratischer Grundlage aufgebaut ist, entscheidet das Volk selbst über sein Geschick. Die Beziehungen zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Volk beruhen auf volliger Gleichberechtigung. Gemeinsam und einander in jeder Weise beistehend, bauen die beiden Völker den tschechoslowakischen Staat auf. Eine Hauptaufgabe des wirtschaftlichen Zweijahrplans ist die Aufhebung des ökonomischen, sozialen und damit auch des kulturellen Unterschieds zwischen den tschechischen und den slowakischen Gebieten. Der Plan legt das Fundament für die Industrialisierung der Slowakei, die schon längst ein Traum des slowakischen Volkes war.

Durch die Hebung des industriellen Niveaus der Slowakei wird dort auch die Lösung anderer Probleme angebahnt, namentlich werden die Voraussetzungen beseitigt, unter denen die Reaktion nationalen Streit und Hader entfachen konnte und auch jetzt noch zu entfachen sucht. In gemeinsamer Arbeit wird die Freundschaft und Brüderlichkeit der beiden Völker, die ein gemeinsames Heimatland haben, erstarken. Keine geringe Rolle fällt hierbei auch der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zu.

Bekanntlich war die Organisierung einheitlicher Gewerkschaften in der Slowakei bedeutend schwieriger als in den tschechischen Gebieten. Hier spielte der Umstand eine Rolle, daß in der Slowakei die katholische Kirche stärkeren Einfluß ausübt, die katholische Hierarchie aber war ein Bollwerk des Hlinka-Separatismus. Bei den Arbeitern wurden von den katholischen, den sogenannten Christlich-Sozialen Gewerkschaften separatistische Tendenzen geweckt. Aus diesen Gewerkschaften erwuchsen während des Krieges faschistische Verbände vom Schlage der Deutschen Arbeitsfront. Die reaktionären Spitzenfunktionäre dieser Gewerkschaften siedelten nach dem Kriege in die Demokratische Partei der Slowakei über, unter deren Deckmantel sie die Stärkung der Einheit der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei mit allen Mitteln zu hinterstreben suchten. Sie agitierten für den Separatismus, für den Abbruch der Beziehungen zwischen den slowakischen und den tschechischen Werktätigen.

Die Reaktionäre hatten aber mit ihren Machenschaften keinen Erfolg. Die Einheitsgewerkschaf-

ten der Slowakei, die bereits über 200 000 Mitglieder zählen, haben sich kürzlich unter der Leitung des Zentralrats der tschechisch-slowakischen Gewerkschaften mit den tschechischen Gewerkschaften organisatorisch zusammengeschlossen.

Die aktive Teilnahme der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung zeigt, daß der Einfluß der demokratischen Gewerkschaften wächst und dementsprechend die Positionen der katholischen Reaktion geschwächt werden. Die in der Tschechoslowakei gesetzlich verankerte volle Gleichberechtigung von Frau und Mann im Betrieb und im gesamten öffentlichen und politischen Leben hat das Klassenbewußtsein der slowakischen Arbeiterfrau gehoben. Gegenwärtig stellen die Frauen bereits an die 25 Prozent aller Gewerk-

schaftsmitglieder. Eine solche Aktivität der Frauen steht in der Geschichte der Slowakei einzig da.

Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Bauern nehmen jetzt in der Slowakei neue Gestalt an. Die Industrialisierung der Slowakei im Rahmen der Volksdemokratie wird die landwirtschaftliche Produktion fördern und die Lebenshaltung der Bauernschaft verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der Arbeiter und den Organisationen der Bauern gestaltet sich immer fester, das enge Bündnis der Werktätigen, in Stadt und Land, der Arbeiter und Bauern, ist aber die wichtigste Garantie für eine erfolgreiche Erfüllung des wirtschaftlichen Zweijahrsplans, für die Erstarkung und das Gedeihen unseres Landes.

## Internationale Umschau

(Notizen)

### WENIG TRÖSTLICHE ERGEBNISSE

Am 1. Januar d. J. ist das Byrnes-Bevin-Abkommen über die ökonomische Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland in Kraft getreten. Dieser auf die ökonomische Spaltung Deutschlands gerichtete einseitige Akt war bekanntlich sorgfältig vorbereitet worden. Die englisch-amerikanische Presse schlug in der Angelegenheit einen großangelegten Reklamelärm. Nach Veröffentlichung der offiziellen Erklärungen versprachen die Zeitungen der verschiedenen Richtungen der deutschen Bevölkerung goldene Berge: die Lebensmittelkrise werde überwunden werden, die Kurve der industriellen Entwicklung nach oben gehen, die Demokratisierung des ökonomischen und politischen Lebens werde in raschem Tempo voranschreiten.

Seitdem sind vier Monate vergangen. Die Auslands presse, insbesondere die britische, stellt jetzt einige Ergebnisse der englisch-amerikanischen Politik in Westdeutschland fest. Hierbei gelangen viele Zeitungen zu traurigen Schlüssefolgerungen. Die Londoner Sonntagszeitung „Observer“ z. B. schätzt die Lage in einem redaktionellen Artikel vom 27. April wie folgt ein:

„Es gibt keine wirkliche ökonomische Belebung in der vereinigten Zone: die Ernährungslage hat eine Verschlechterung erfahren, und die Zweizonenadministration bietet in ihrem jetzigen halb ausgebackenen

Zustand ein bizarres und chaotisches Bild. Außerdem bestehen zwischen Britannien und den USA beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die besten Wege zur Überwindung eines solchen Zustands der Dinge.“

Nicht weniger pessimistisch ist das Urteil des Londoner „Economist“, der die Vereinigung der beiden Zonen seinerzeit begeistert begrüßte. Jetzt schreibt diese Wochenschrift in ihrer Nummer vom 25. April:

„Das Fusionsprojekt hat einen Punkt erreicht, von dem aus etwas, was einer Katastrophe ähnlich ist, als bevorstehend angesehen werden kann, es sei denn, man folgt einem anderen Pfade.“

Zu wenig tröstlichen Schlüssefolgerungen gelangen auch diejenigen deutschen Kreise, die auf das englisch-amerikanische Abkommen die Hoffnung gesetzt haben, die Wirtschaftslage Westdeutschlands werde sich verbessern. So behauptet der Gemeinderat der Stadt Aachen in einem Bericht an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen (Wortlaut nach englischer Wiedergabe. — Die R. d.):

„Die Fusion der britischen und der USA-Zone hatte lediglich einen unvorteilhaften Effekt.“

Ebenso erklärte der von den Engländern kontrollierte Hamburger Rundfunk, alle Hoffnungen, die auf die Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone gesetzt wurden, seien fehlgeschlagen. Die Vereinigung habe nicht ver-

möcht, die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Senkung des Lebensstandards zu verhindern.

Die Lage in Westdeutschland ist eine volle Bestätigung für die traurigen Schlußfolgerungen der englischen Zeitungen und des Hamburger Rundfunks.

Die Ernährungslage bleibt nach wie vor außerordentlich schwer. Die Kurve der Industrieproduktion geht nach unten. Im April ist die Kohlenförderung des Ruhrgebiets auf den Stand vom Januar gesunken. Der Brennstoffmangel wirkt sich auf alle Industriezweige aus.

Die in Westdeutschland gewesenen Korrespondenten der britischen und amerikanischen Zeitungen konstatieren ein volles Chaos in der Volkswirtschaft, hervorgerufen durch den Kurs auf die ökonomische Spaltung Deutschlands. So schrieb z. B. Denis Weaver, ein Sonderkorrespondent des „News Chronicle“, am 22. April:

„Um die Frage beantworten zu können, ob das Experiment mit der Zonenfusion klappt oder nicht, ist Kenntnis der Wirtschaft Deutschlands und Mitteleuropas überhaupt erforderlich. Man kann mit Recht sagen, daß die Erwartungen der britischen und der amerikanischen Amtspersonen, die zu Anfang des Jahres die Macht an deutsche Administratoren abgetreten haben, nicht in Erfüllung gegangen sind; es wurden keine Lebensmittel in genügenden Mengen von deutschen Bauernhöfen gewonnen oder doch fair und rasch genug verteilt; die Schleichhändler florieren hier wie überall, wo die Wirtschaft unstabil ist, zum Schaden der ehrlichen Administration; Hunderte von Zügen liegen auf den westdeutschen Eisenbahnen bewegungslos fest...“

Die ökonomische Zerrüttung drückt auch dem politischen Leben Westdeutschlands ihren Stempel auf. Es genügt, an die Passivität der Wähler bei den Landtagswahlen zu erinnern, die am 20. April in der englischen Zone stattfanden. In einigen Städten des Ruhrgebiets beteiligten sich nur 30 Prozent der Wähler an der Abstimmung, in der ganzen Zone 67 Prozent. Die reaktionären Elemente und die illegalen Hitlerfaschisten machen sich die Lage zunutze und werden reger. Es treten neue reaktionäre Parteien und Gruppen ins Leben.

In ihrer Kritik an der in Westdeutschland entstandenen Lage gehen die englischen Leitartikler jedoch nicht auf ihre wahren Ursachen ein. Sie suchen den Ausweg nicht in der Wiederherstellung der ökonomischen und politischen Einheit Deutschlands im Einklang mit den Beschlüssen von der Krim und von Berlin. Im Gegenteil. Sowohl der „Economist“ als auch der „Observer“ verlangen die sofortige politische Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone einschließlich der Bildung einer Zweizonenregierung und rufen direkt zur völligen Abspaltung der

westlichen Provinzen von dem übrigen Deutschland auf. Der „Observer“ schreibt:

„Das Risiko, daß die politische Fusion im Westen dahin tendieren kann, eine Aufteilung (partition) Deutschlands herauszukristallisieren, ist für jeden augenscheinlich. Dennoch greift die Überzeugung um sich, daß man dieses Risiko in Kauf nehmen muß...“

Offenbar um diese Frage aufwerfen zu können, hat die Zeitung es auch riskiert, eine nüchterne Einschätzung der Lage in den vereinigten Zonen zu geben. Aus diesem Grunde genierte sie sich nicht, zu erklären, zu welchen traurigen Resultaten die Politik der Vereinigung der westlichen Zonen geführt hat. Welches aber auch die Motive gewesen sein mögen, die Anerkennung der traurigen Ergebnisse der Zonenvereinigung verdient Beachtung. Was dagegen den von der Zeitung vorgeschlagenen Kurs auf die „Aufteilung Deutschlands“ betrifft, so kann er lediglich zu einer weiteren Verschlechterung der Lage in Westdeutschland führen.

## DIE AKROBATIK DER ENGLISCHEN LIBERALEN

In den Tagen vom 24. bis zum 26. April fand in Bournemouth (Hampshire) die Jahreskonferenz der Liberalen Partei statt. In den Zeitungen wurde das hohe Alter der Delegierten hervorgehoben. Ein kennzeichnender Einzelzug. Denn das Gewicht und die Bedeutung der Liberalen Partei liegt in der Vergangenheit. Nach zahlreichen Spaltungen hat diese Partei der englischen Bourgeoisie, die hauptsächlich die Interessen der Textilkönige von Manchester vertritt, ihren früheren Einfluß verloren und aufgehört, bei den Wahlen die Rolle des traditionellen und einzigen Rivalen der Konservativen zu spielen. Die Labourpartei hat sie von der politischen Arena verdrängt.

In der Partei der Liberalen herrschen Zerfahrenheit und Meinungsverschiedenheiten. Offiziell ist sie durch drei Gruppen vertreten. Die von John Simon geführte Gruppe hat sich von der Partei schon 1931 abgespalten und die National-liberale Partei gegründet, die sich nur wenig von den Konservativen unterscheidet. Die zweite Gruppe wurde von dem jetzt verstorbenen Lloyd George geführt. Die dritte Gruppe hat Archibald Sinclair zu ihrem Führer. Zu ihr gehört eine der Säulen der Partei — Lord Beveridge. Bei den letzten Parlamentswahlen vom Jahre 1945 sollte Beveridge mit seinem aufsehenerregenden Sozialversicherungsplan der Liberalen Partei als Wahlkämpfer dienen. Aber Lord Beveridge ist bei den Wahlen durchgefallen, und seitdem tritt dieser Ideologe des Liberalismus mit so erzreaktionären

und durch die Bank sowjetfeindlichen Erklärungen auf, daß höchstens Churchill mit ihm konkurrieren kann.

Von den Liberalen sagt man in politischen Kreisen Englands, daß sie in ihren Meinungen über alle prinzipiellen Fragen auseinandergehen: das einzige, worin alle einiggingen, das sei die Tatsache, daß sie untereinander über nichts einig sind. Auf der Konferenz in Bournemouth herrschte der gewöhnliche Meinungswirrwarr. So trat zutage, daß der Vollzugsausschuß der Partei und ihre Parlamentsfraktion in der Frage der militärischen Dienstpflicht in Friedenszeiten verschiedene Standpunkte vertreten. Die liberalen Parlamentsmitglieder stimmten gegen den Gesetzentwurf der Regierung über die allgemeine Militärflicht. Der Vollzugsausschuß ist damit nicht einverstanden.

Große Meinungsverschiedenheiten hat auch die Hauptfrage der Tagesordnung hervorgerufen — die „Deklaration über die liberale Politik“, die der Vollzugsausschuß der Konferenz zur Erörterung unterbreitete. Dingle Foot, ein früheres Parlamentsmitglied, der sie den Delegierten empfahl, unternahm böswillige Ausfälle gegen die Sowjetunion und andere demokratische Länder Europas. Er mißbilligte die Reden von Wallace in England und begrüßte warm Trumans „Hilfe“ für Griechenland und die Türkei. Im Grunde genommen war diese Rede ein erschöpfendes außenpolitisches Programm.

Der ihm widersprechende Delegierte Pratt bemerkte, Bevin führe die Politik der Konservativen durch. Er fragte:

„Wenn ein labouristischer Außenminister bei der Torypartei vollste Billigung findet, wie kann er dann recht haben?“

Mit erdrückender Stimmenmehrheit lehnte die Konferenz das vom Vollzugsausschuß vorgeschlagene neue Parteistatut ab, dem zufolge die auf der Konferenz angenommenen politischen Beschlüsse vier Jahre lang nicht erörtert werden dürfen, es sei denn, daß der Vollzugsausschuß die Frage für unaufschiebar erklärt.

Angesichts dieses Stimmenwirrwarrs nahm sich der Versuch der Führung der Liberalen Partei, ihre „Stärke“ zu demonstrieren, recht ergötztlich aus. Der neu gewählte Parteivorsitzende Isaac Foot, der sich über die Mitgliederzahl der Liberalen Partei vernünftigerweise ausschwie, erklärte feierlich, im Lande sei eine ungewöhnliche Wiederbelebung des Liberalismus zu beobachten. Ein anderer Parteimann, Martell, erklärte, die Liberalen stünden vor der Perspektive, bei den neuen Parlamentswahlen die Mehrheit zu erhalten. Ja, Lord Beveridge behauptete sogar, von dieser Konferenz der Liberalen werde die internationale Lage abhängen, die seiner Meinung nach „schlecht und gefährlich ist“.

Die vergreisten Gentlemen aus der Liberalen Partei möchten sich verjüngen und den neuen Verhältnissen Paroli bieten. Da sie keine soziale Massenbasis besitzen, versuchen sie, sich bei den Trade-Unions anzuschmießen. Zu diesem Zweck wurde sogar ein spezielles Gewerkschaftskomitee geschaffen, und auf der Konferenz wurde als erster Köder die Forderung angenommen, gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Arbeit einzuführen. Die Arbeiter vieler demokratischer Länder müssen, wenn sie das lesen, erstaunen, wie langsam die englischen Liberalen doch hinter dem Leben einherhinken.

## Frühling in Westpolen

(Notizen eines Korrespondenten)

P. TROJANOWSKI

DIESES JAHR hat der Frühling in Polen einen frühen und stürmischen Einzug gehalten. Noch in den letzten Märztagen lag auf den Feldern und Hügeln Pommerns, auf den Ebenen Posens, auf den Bergen und in den Tälern Schlesiens eine dicke Schneedecke. Am 22. März fegte ein Schneesturm durch ganz Westpolen, und schon vier Tage später überflutete Tauwasser die Eisdecke der Warthe und Oder. Es überschwemmte Wiesen und Dörfer und die Vororte der großen Städte.

Der Frühling zog mit Siebenmeilenschritten von Süden nach Norden, der zweite polnische Frühling in diesen Landen. Vor zwei Jahren noch waren Pommern und Schlesien ein Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen der vorrückenden Sowjetarmee und der faschistischen Wehrmacht. Damals hatte es den Anschein, als würde es Jahre dauern, bis die verheerten Gebiete wieder aufleben und erblühen. Durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz wurden die Lande der Pisten ihrem rechtmäßigen Eigentümer — Polen —

zurückerstattet. Seither ist nur wenig Zeit vergangen, welche Fortschritte aber haben die Städte und Dörfer Westpolens zu verzeichnen!

\* \* \*

Im Dorfe Wielkie Opole hatte ich alte Bekannte. Als wir im August 1945 durch dieses Dorf kamen, irrten wir lange zwischen leeren Häusern durch ausgestorbene Straßen und trafen schließlich am Teich einen Ortsansässigen, einen grauhaarigen Polen, Roman Nowicki. Er war erst eine Woche vorher aus Radom mit den ersten polnischen Ansiedlern in den Westgebieten angekommen.

Die Nowickis waren die ersten polnischen Bewohner des Dorfes. Sie gaben ihm auch seinen Namen.

„Wir sind aus Radom“, sagte der Alte. „Mein Sohn hat in der polnischen Armee gedient, wurde verwundet und demobilisiert, und jetzt hat man ihm hier Haus und Boden angewiesen. Unser Dorf bei Radom heißt Male Opole (Klein-Opole). Dieses Dorf hier ist größer als das unsere, deshalb haben wir es Wielkie Opole (Groß-Opole) getauft.“

Der Alte war nicht allein. Mit ihm arbeiteten in Garten und Feld sein Sohn, seine Schwieger-tochter und seine Enkelkinder...

Als wir jetzt, im April 1947, nach Wielkie Opole kamen, trat ich als alter Bekannter bei den Nowickis ein.

Im Dorf war es lebendig geworden. Auf der Straße spielten Kinder Ball, auf den Bänken vor den Häusern sonnten sich alte Leute, vor dem Laden standen Frauen und Jugendliche.

Im Hof der Nowickis rauchte der aus Ziegeln gemauerte Backofen. Der Alte räucherte Wurst. Haus und Hof waren schon gut eingerichtet, bei einer Linde stand ein Neubau, ein Speicher.

„Das ist mein Sohn“, stellte der Alte einen etwas gebückten Mann von hohem Wuchs vor. „Adam Nowicki, Dorfältester...“

In Wielkie Opole haben sich seit August 1945 insgesamt 247 polnische Familien niedergelassen. Die letzten Deutschen wurden im Frühling vorigen Jahres ausgesiedelt. Das Kraftwerk, die Mühle, die Meierei wurden wiederhergestellt. Das Ackerland war schon im vorigen Jahr restlos bebaut, die Gärten und der Fischteich in Ordnung gebracht.

„Als die Deutschen das Dorf verließen“, erzählt Adam Nowicki, „sagten sie, wir Polen würden das Leben im Dorf nicht einmal in zehn Jahren wieder in Schwung bringen können. Wir haben das aber in etwas über einem Jahr fertiggebracht. In diesem Frühjahr teilt uns die Regierung noch 120 Hektar Boden zu...“

In Begleitung Adam Nowickis gingen wir durchs Dorf. Wir wurden mit offenen Armen

empfangen, und man zeigte uns alles, was wir sehen wollten.

Aus einem weißen Steinhaus trat eine ältere Frau mit einem großen silbernen Kreuz auf der Brust.

Wir kamen ins Gespräch. Maria Kluczycka erzählte uns ihre Geschichte, die Geschichte vieler polnischer Familien.

„Mein Mann ist in Tobruk gefallen. Er stand bei den Anderstruppen. Ich und meine Töchter arbeiteten in Deutschland, in der Nähe von Bremen. Man brachte uns von Warschau aus gewaltig dorthin... Als der Krieg zu Ende war, bemühte ich mich, aus dem Lager fort nach Hause, nach Polen zu kommen. Bis September v. J. gelang es mir nicht. Man ließ uns nicht fort. Achtzehn Eingaben machte ich. Achtzehnmal erhielt ich von den englischen Lagerchefs und ihren polnischen Gehilfen eine Absage. Der Vorwand war jedesmal ein anderer. Anfangs sagte man, die Russen erlaubten den Polen nicht, heimzukehren. Dann verweigerte man mir die Ausreise, weil meine beiden Töchter mit mir reisen sollten. „Sie müssen die jungen Mädchen hüten“, sagte man mir, „die Russen schicken sie nach Sibirien, Polen aber braucht sie...“ Dann sagte man noch, daß Polen bald eine andere Regierung bekäme, dann könnten wir reisen, da die jetzige Regierung uns unser Leben und unsere Sicherheit nicht garantieren könne... Dann schlug man uns vor, nach Kanada zu fahren. Aber ich wollte nirgends hin, nur nach Hause. Zu guter Letzt habe ich es durchgesetzt...“

In einem Hause zeigte man uns eine interessante Broschüre: „Merkblatt des Landwirts der Westgebiete für 1947“. Wir lasen darin, daß es am 1. März d. J. in den polnischen Westgebieten an die 400 000 polnische Bauernwirtschaften gab. Ihre Gesamtanbaufläche beträgt 3,2 Millionen Hektar. Es sind hier 6000 Schlepper, 1500 Lokomobile und 70 000 Sämaschinen in Betrieb. Die polnische Regierung hat in diesem Jahr für den Bau und die Instandsetzung der Dörfer in den Westgebieten 1,2 Milliarden Złoty bereitgestellt. Zur Frühjahrssauzaat hat der Staat den Bauern 6000 Tonnen Saatgetreide und 100 000 Tonnen Saatkartoffeln verabfolgt.

Beim Abschied fragte der Älteste von Wielkie Opole nicht ohne geheimen Stolz:

„Nun? Wir stehen doch fest auf unseren Füßen, stimmt's?“

\* \* \*

Wroclaw (das ehemalige Breslau) war seiner Einwohnerzahl nach früher die achtgrößte Stadt Deutschlands. Jetzt ist es die Hauptstadt einer neuen Woiwodschaft der Republik Polen. Die Stadt hat stark gelitten. Im Stadtzentrum aber,

in der Gegend um die Bahnhöfe und in den Fabrikvierteln geht es sehr lebhaft zu. Wrocław hat eine polnische Universität, ein Polytechnikum, Dutzende von Elementar- und Mittelschulen. Theater, Lichtspielhäuser, Hunderte von Läden sind wieder eröffnet. Auf den Straßen verkehren Straßenbahnen, Trolleybusse, Autobusse.

Ende 1945 waren in Wrocław nur 14 Fabriken mit 1900 Arbeitern in Betrieb. Im Frühling d. J. waren es bereits 1372 Fabriken mit 40 000 polnischen Arbeitern.

Die Belebung der Stadt ging von der Industrie aus. Das Wrocławer Kraftwerk war zu 80 Prozent zerstört. Die Faschisten hatten die Maschinen gesprengt, die Wasserleitung unbrauchbar gemacht und nicht nur die Ruinen des Gebäudes, sondern sogar die Zugänge stark minniert.

„Als ich zum erstenmal nach der Stelle hinüberblickte, wo das Kraftwerk gestanden hatte“, sagte Ingenieur Bortnik, „drückte es mir fast das Herz ab, und ich ließ mutlos die Arme sinken... Aber ich hatte Auftrag, der Stadt Strom zu liefern, und ich mußte an die Arbeit gehen...“

Ingenieur Bortnik und mit ihm hunderte andere Ingenieure, Techniker und Monteure, die die polnische Regierung nach Wrocław beordert hatte, krempelten die Ärmel auf und packten an.

Eigentlich haben sie in Wrocław ein ganz neues Kraftwerk gebaut. Und sie haben es schnell zu stande gebracht. Das Werk ist solide und schön. Vor kurzem hat es eine Kapazität von 19 000 Kilowatt erreicht.

Nach dem Kraftwerk wurde das Waggonbauwerk in Betrieb gesetzt. Es zählt jetzt etwa 5000 Arbeiter. Auf den Eisenbahnstrecken Polens sieht man Wrocławer Personenwagen, Güterwagen, Kohlenwaggons. Die Fabriken Wrocławs erzeugen Seidenstoffe, Trikotagen, Geschirr, Maschinen, Flugzeugmotoren, Elektro- und Wassermeßinstrumente, feuerfeste Ziegel, kleine Flüßschiffe.

Als die Nachricht von den Erfolgen Wrocławs Westdeutschland erreichte, veröffentlichte Karl Rauschning, ein führendes Mitglied des deutschen „Schlesienkomitees“ (das unter den Fittichen der englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden besteht), in deutschen Zeitungen ein Interview, in dem er die Drohung gegen Polen ausstieß, man kalkuliere jeden Verlust auf Heller und Pfennig und werde, nach Schlesien zurückgekehrt, den Polen die Rechnung vorlegen.

Pfarrer Jaroszek, der Vorsitzende der Wrocławer Ortsgruppe des polnischen Vereins ehemaliger politischer Gefangener in Deutschland, gab in einer Rede, die er auf einem Meeting hielt, folgende Antwort auf diese Drohung:

„Weder dem ‚Schlesienkomitee‘ noch irgendwelchen anderen deutschen oder nichtdeutschen faschistischen ‚Komitees‘ wird es gelingen, das Rad der Geschichte rückwärtszudrehen. Wir Polen sind nicht in unsere Stammlande gekommen, um die Reichtümer der preußischen Junker und der noch übriggebliebenen Hitlerfaschisten zu mehren. Wir Polen schmieden unseren eigenen nationalen Reichtum...“

\* \* \*

Umwelt der tschechoslowakischen Grenze, inmitten malerischer Berge, liegt das Dörfchen Sławianka. Hier wohnen Polen, die aus Jugoslawien in die Heimat zurückgekehrt sind.

Es ist ein schöner Tag. Auf der Straße sieht man nur Kinder. Jetzt ist die günstigste Zeit für die Aussaat. Alle erwachsenen Einwohner von Sławianka sind auf dem Feld. Man pflügt mit Pferden und Ochsen, Säemann und Sämaschine streuen das Saatgut aus.

Einer der Bauern überläßt die Sämaschine seinem Sohn und tritt an den Rain, um ein paar Züge zu rauchen. Stanisław Zaleski ist kürzlich aus Jugoslawien angekommen. Wir fragen ihn, wie es ihm dort ergangen ist und wie es ihm hier geht...

„Über Jugoslawien kann ich nichts Schlechtes berichten... Wir waren bei Titos Partisanen. Aber Heimat bleibt Heimat. Mit Tränen waren wir aus Polen geschieden, obwohl es uns hier damals schlecht ging. Jetzt sind wir in die Heimat zurückgekehrt. Sie ist anders geworden, sie ist jetzt gütiger zu uns, freigebiger...“

Der Weg führt den Berghang hinauf, überquert ein Flüßchen, geht ins Tal hinab und erklimmt dann wieder die Höhe. Wohin wir auch blicken, ruchen Fabrikschlote, ziehen sich fette schwarze Ackerfurchen. Ein Personenaufbus überholt uns.

Am Himmel kreist ein großes silberglänzendes Flugzeug mit den polnischen Hoheitszeichen. An der Chaussee entlang stehen Reihen von Apfelbäumen. Der Gärtner hat sie bereits von dünnen Zweigen befreit, er hat die Stämme gereinigt und den Boden ringsum aufgelockert...

Wałbrzych, „die Kohlenstadt“. In der Verwaltung des Kohlentrusts empfängt uns der Stellvertreter des Chefingenieurs, Bergbauingenieur Czerkaski. Er ist an die fünfzig und arbeitet seit 1926. Als die Hitlerfaschisten hier hausten, war er — Maurer in Posen.

„Unser Trust“, erzählt Czerkaski, „hat sieben Kohlengruben. Als wir herkamen, betrug die Kohlenförderung nicht einmal 40 Prozent dessen, was die Gruben wirklich hergeben können. Wir steigerten die Kohlenförderung um 120 Prozent. Wir brachten alte polnische Bergleute aus dem

Dombrowaer Becken hierher. Polnische Bergarbeiter aus Frankreich, Belgien und Rumänien kehrten heim. Im vorigen Jahr warb der Trust mehrere tausend Arbeiter in den Dörfern an und bildete sie zu qualifizierten Hauern, Zimmerlingen und Mechanikern aus. Die deutschen Fachleute suchten uns noch vor kurzem dazu zu überreden, qualifiziertes deutsches Personal in den Gruben zu behalten. Vertreter gewisser Auslandskreise schlugen uns vor, ausländische Facharbeiter heranzuziehen. Sie verlangten jedoch als Gegenleistung für diese Hilfe die Zulassung ausländischer Kapitalanlagen in der polnischen Kohlenindustrie. Beide Vorschläge lehnten wir ab. Wir haben recht daran getan. Jetzt werden wir mit der Arbeit in Ihrem ganzen Umfang fertig. Die Instandsetzungsarbeiten sind bereits begonnen. Wir ersetzen die alte Ausrüstung und schaffen eine größere Anzahl von Maschinen an..."

In Begleitung von Ingenieur Czerkaski besuchten wir die Grube „Boleslaw Chrobry“, einen Großbetrieb, der täglich 3000 Tonnen Kohlen fördert.

Ingenieur Czerkaski ließ sich von dem Verwalter die Tabelle mit der Zeiteinteilung geben und prüfte mit der Uhr in der Hand, wie sie befolgt wird.

„11 Uhr 8 Minuten“, sagte der Ingenieur, jetzt muß der fünfhundertfünfte Förderwagen heraufbefördert werden...“

Der Aufzug ratterte, an der Erdoberfläche zeigten sich sechs Wagen.

Der Mechaniker wies auf den Zähler. Der rote Zeiger stand auf der Zahl 505.

„Man arbeitet präzise, und das ist der beste Beweis, daß wir die Zügel wirklich fest in der Hand haben“, sagte der Ingenieur.

In Wałbrzych sind das Bezirkskraftwerk, das Gaswerk sowie einige Dutzend großer und kleiner Fabriken voll in Betrieb. Es wurden eröffnet: 14 Schulen außer einer Mädchenschule und einer Fortbildungsschule für Erwachsene, ferner ein Bergbauinstitut, drei Theater, fünf Kinos, drei Krankenhäuser und fünf Apotheken.

Wir besuchten eine Speisehalle für Arbeiter, ein Ambulatorium, einen Bergarbeiterklub, einen Sportklub, eine Genossenschaft.

In welchem Städtchen, welchem Dorf wir auch hielten, überall beobachteten wir die gleiche emsige, enthusiastische Arbeit, die gleiche Lebensfreude. In Legnica sind alle Betriebe wiederhergestellt und eröffnet. In Pita ist die große Metallfabrik, deren Ausrüstung von den deutschen Faschisten vergraben worden war, wieder instand gesetzt.

Daß die Polen die Bewirtschaftung ihrer West-

gebiete fest in die Hand genommen haben, sieht man vielleicht am anschaulichsten an Gdańsk. Während der Kämpfe ist die Stadt niedergebrannt. Die übriggebliebenen Häuser waren miniert. Jetzt aber ist die Stadt nicht wiederzuerkennen. Auf der Warszawska herrscht an diesem Frühlingsitag Großstadtrubel. Über den frisch gesprengten Asphalt gleiten Automobile. Auf den Balkons der Häuser blühen Blumen.

Der Stolz von Gdańsk ist sein Hafen. Die Hafenanlagen wurden von den Hitlertruppen in die Luft gesprengt. Die Polen übernahmen nur Ruinen. Jetzt ankern polnische Kriegsschiffe auf der Reede. Die Flaschenzüge klirren. Ein englischer Dampfer wird befrachtet. Ein schwedisches Schiff ladet Kohle. Ein norwegisches Herringsschiff wird gelöscht. Dahinter flattert die rote Fahne der Sowjetunion. Auch ein französischer Dampfer ist zu sehen.

Auf den Werften von Gdańsk hat der Bau der ersten polnischen Schiffe begonnen. Am West- und Ostrand der Stadt rauchen Fabrikschlote. Hier werden Maschinen, Medikamente, Textilien, Porzellanwaren und Papier hergestellt.

Soeben ist ein Schiff eingelaufen. Es bringt wieder einen Transport polnischer Rückwanderer aus Westdeutschland in die Heimat. Kaum haben die Polen das Festland betreten, da sinken sie in die Knie und brekruzen sich:

„Sei begrüßt, Polen, sei begrüßt, Heimat!“

Ringsum drängen sich Einwohner der Stadt. Freudenrufe, Händeschütteln, Umarmungen. Eine Kapelle spielt die Nationalhymne.

„Man hat uns gesagt, in Gdańsk gebe es gar keine Polen“, sagt eine ältere Frau erregt. „Dabei sind hier nur Polen. Auch die Fahnen sind polnisch...“

„Die Deutschen sind fort“, ruft jemand aus der Menge, die sich zum Empfang versammelt hat.

Man möchte hinzufügen: der Nazivorposten und das Nazibollwerk an der Ostsee sind nun besiegelt.

An der Sammelstelle für Ankömmlinge fragt man diese, wohin sie fahren wollen.

Edward Banicki möchte in Gdańsk bleiben.

„Ich war vor dem Kriege Seemann. In Deutschland hat man mich zum Erdarbeiter gemacht, bei den Engländern zum Wächter. Ich möchte wieder der Seemann sein. Geht das?“

„Ja, das geht. Polen hat Seeleute nötig. Sie werden also zur See gehen, Pan Banicki.“

Einige Ankömmlinge fahren nach Warschau, sie haben dort Verwandte. Eine Gruppe will nach Schlesien, um in den Gruben zu arbeiten. 42 Familien fahren in die Dörfer Westpolens. Sie kommen gerade zur Frühjahrssauzaat zurecht...

## GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

## Die unwürdige Rolle eines englischen Gelehrten

Kürzlich besuchte der englische Professor Taylor Jugoslawien, wo er freundliche Aufnahme fand, da man im neuen Jugoslawien die Wissenschaft und ihre Vertreter schätzt und ehrt. Taylor unterhielt sich mit vielen Politikern und anderen im öffentlichen Leben stehenden Männern. In Zagreb empfing ihn Vladimir Nazor, der Vorsitzende des kroatischen Volkssobor.

Bald stellte es sich jedoch heraus, daß Taylor weder als Wissenschaftler noch als Tourist nach Jugoslawien gekommen war. Er kam in einer ganz spezifischen Mission. Die aus England mitgebrachten Konzepte seiner öffentlichen Reden zeichneten sich nicht durch Aktualität aus. Der englische Gelehrte sprach von jenem angeblichen „eisernen Vorhang“, der eine Reihe osteuropäischer Länder, darunter auch Jugoslawien, von der übrigen Welt trenne. Er wiederholte die abgedroschenen Phrasen von den „imperialistischen Tendenzen der Sowjetunion“, die die Balkanstaaten, in erster Linie Jugoslawien, sehr bald „schlucken“ würde, und ähnliche Lügen, die Churchill und seine Kollegen von Goebbels übernommen haben.

Er vergaß anscheinend ganz, daß er sich in Jugoslawien befindet, wo das Volk immerhin besser als ein zugereister englischer Gelehrter weiß, was im Lande vorgeht, und zog sein fertiges Konzept hervor, das für Londoner Auslandsendungen bestimmt war. Er behauptete, es gebe im neuen Jugoslawien keine Freiheit der Person, dort herrsche eine Diktatur der Kroaten, Montenegriner und Slowenen, die den Völkern Mazetoniens, Bosniens und Serbiens ihren Willen aufzwingen.

Diese provokatorischen Erklärungen riefen in der jugoslawischen Öffentlichkeit mit Recht Entzürnung hervor. Aus den Reden Taylors waren ganz deutlich Nachklänge der alten Politik der imperialistischen Mächte herauszuhören, die zwischen den Völkern der Balkanländer, vor allem zwischen den Serben, Kroaten und Montenegrinen, Zwietracht säten und sie gegeneinander aufhetzten. Dies gelang auch häufig, zur größten Freude der damaligen Taylors. Jene Zeiten aber sind nun vorbei.

Das neue Jugoslawien beruht auf der unerschütterlichen Freundschaft und Gleichberechtigung seiner Völker. Taylor und seinen Gesinnungsgenossen paßt das selbstverständlich nicht, wie Ihnen auch die Einführung wahrhaft demo-

katischer Freiheiten in Jugoslawien und anderen Ländern mit progressiver Demokratie keineswegs zusagt. Alles hier stimmt sie gehässig: die nationale Unabhängigkeit dieser Länder, ihre Freundschaft mit der Sowjetunion, die Entwicklung von Kultur und Wissenschaft.

Taylor besann sich auf seinen Gelehrtengrad und äußerte in Jugoslawien auch seine Ansichten über die Wissenschaft. Wie seine politischen Äußerungen, so sind auch diese böswilliger, verleumderischer Natur. Taylor sagte, die Gelehrten Jugoslawiens seien verpflichtet, den entschiedensten Kampf gegen den Marxismus zu führen. Wo Marxismus bestehe, könne ernsthafte Wissenschaft nicht aufkommen. In der Sowjetunion mit ihrem Marxismus sei die Wissenschaft entartet.

Die Lüge Taylors über die „Entartung der Wissenschaft in der Sowjetunion“ ist ebenso nichtwürdig wie albern. Daß die Wissenschaft in unserem Lande zur Blüte gelangt ist, weiß jeder. Es genügt darauf hinzuweisen, daß es in der Sowjetunion — gegenüber den 1000 Doktoren und Magistern des vorrevolutionären Rußlands — gegenwärtig über 10 000 Wissenschaftler mit dem Doktordiplom und über 23 000 Fachgelehrte gibt, die für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu Kandidaten der Wissenschaften ernannt worden sind. In der Sowjetunion wurde ein umfangreiches Netz von über 1000 Forschungsinstituten der verschiedenen Wissenschaften geschaffen. Die Erfolge der Sowjetgelehrten sind der ganzen Welt bekannt. Das Interesse für die Sowjetwissenschaft ist so groß, daß Hunderte von Gelehrten in anderen Ländern, namentlich auch in den USA, speziell Russisch lernen, um die Schriften der Sowjetgelehrten im Original lesen zu können...

Gegner der Freiheit, der Aufklärung und des Fortschritts bezeichnet man gewöhnlich als Obskuren. Als streitbarer Obskurant und Ignorant tut sich auch Taylor hervor, wenn er versucht, den Marxismus aus dem Sattel zu heben. Aber auch damit ist er nicht originell. Seit fast 100 Jahren bemühen sich die Lakaien des Geldsacks vergeblich, es zu tun. Was sie geschrieben haben, ist jedoch ruhmlos der Vergessenheit anheimgefallen, der Marxismus aber lebt und entwickelt sich als die allein richtige, fortschrittliche, wissenschaftlich fundierte Weltanschauung. Die Theorie des Marxismus Leninismus — der dialektische und

historische Materialismus — wirkt befruchtend auf die wissenschaftlichen Forschungen aller Gebiete und bringt die Wissenschaft voran. Der beste Beweis hierfür ist das Aufblühen der Wissenschaft in der Sowjetunion, das der ganzen Welt ersichtlich ist und bei den fortschrittlichen Gelehrten aller Länder Bewunderung, bei den Dunkelmännern vom Schlag Taylor aber blinde Wut auslöst.

Mr. Taylor setzt seine Reise fort. Ein Erfolg dürfte ihm nicht beschieden sein. Die Öffentlichkeit des demokratischen Jugoslawiens wird imstande sein, den streitbaren Reaktionär von einem wahren Jünger der Wissenschaft, den Feind vom Freund, den Agenten eines fremdländischen Imperialismus von einem Touristen zu unterscheiden.

L. SADOWSKICH

## KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

# Aus der Geschichte der die Zerstückelung Deutschlands bezweckenden Pläne

A. LEONTJEW

Die von den angelsächsischen Mächten betriebene Politik, die darauf gerichtet ist, Deutschland zu zerstückeln, ist heutzutage das Haupthindernis auf dem Wege zu einer positiven Lösung des deutschen Problems. Diese Politik ist keineswegs zufälliger Art. Im Gegenteil, ihre Wurzeln reichen in die Sphäre der realen Interessen und Berechnungen der mächtigen amerikanischen und englischen Monopole hinab, die einen so verderblichen Einfluß auf den außenpolitischen Kurs der angelsächsischen Mächte ausüben. Schon während des Krieges trug man sich in Washington und London in bezug auf Deutschland mit Zerstückelungsplänen. Damals geschah das jedoch in der Stille der Kabinette. Viele Ereignisse der jüngsten Vergangenheit sind noch nicht öffentlich bekanntgeworden. Die interessierten Kreise und Personen tun nicht wenig, um diese Ereignisse verzerrt darzustellen. Alles das verleiht Zeugnissen jeder Art, die auf die Vorgeschichte der jetzigen Zerstückelungspläne Licht werfen, ein besonderes Interesse.

Eine derartige Zeugenaussage ist ein Artikel von Fred Smith über „Die Entstehung und den Sturz des Morgenthau-Plans“ (The Rise and Fall of the Morgenthau Plan), der im März d. J. in der in den USA erscheinenden Zeitschrift „United Nations World“ veröffentlicht wurde. Der Verfasser des Artikels, der jetzt zu den Redakteuren der Zeitschrift gehört, war während des Krieges Gehilfe des USA-Schatzsekretärs Henry Morgenthau. Im August 1944 begleitete Smith seinen

Chef nach England. Die Aufzeichnungen, die er damals niederschrieb, haben dem von uns besprochenen Artikel als Hauptmaterial zugrunde gelegen, was ihn bis zu einem gewissen Grade zu einer dokumentierten Darstellung macht.

Es handelt sich in dem Artikel um Morgenthau berüchtigten Deutschlandplan, der seinerzeit in der Presse großes Aufsehen erregt hat. Obgleich dieser Plan in der Folge offiziell abgelehnt wurde und man ihn in Vergessenheit geraten ließ, ist doch eine Anzahl seiner grundlegenden Gesichtspunkte, wenn auch in anderer Form, fest in das Arsenal der Deutschlandpolitik der USA und Englands eingegangen. Man glaube also nicht, die Geschichte des Morgenthau-Plans biete nur archivalisches Interesse, wie es dem Leser auf Grund der Überschrift des Artikels von Smith, die von einem „Sturz“ dieses Plans spricht, schließen könnte.

Morgenthau wurde nach Roosevelts Tod ebenso wie viele andere Mitarbeiter des verstorbenen Präsidenten zum Rücktritt gezwungen. Er hat in der letzten Zeit wiederholt gegen die Politik der hemmungslosen Expansion protestiert und vor den mit ihr verbundenen Gefahren gewarnt. Das ist um so bemerkenswerter, als er vom Schatzamt aus, dessen Chef er war, mit bestimmten Kreisen des Großkapitals der Wall Street eng in Verbindung stand.

Smith bewahrt seinem früheren Chef viel Pietät, was seine Darstellung stellenweise etwas naiv macht. In einer Anzahl von Fällen läßt Smith sich

sogar eine direkte Entstellung allgemein bekannter historischer Ereignisse zuschulden kommen, insbesondere soweit sie mit den Beziehungen zwischen den Verbündeten während des Krieges zu tun haben. Trotzdem behält sein auf unmittelbaren Beobachtungen beruhender Bericht größtenteils den Wert wichtiger Zeugenaussagen.

Smith betont, Morgenthau sei davon überzeugt gewesen, daß das deutsche Volk als Ganzes unverzerrt sei. Er erinnert daran, wie sein Meister sich schon am 12. April 1943 in Carnegie Hall „vor einer Gruppe von Manhattanbankiers und juwelengeschmückten Matronen“ in diesem Sinne aussprach.

Der Autor beginnt seine Erzählung mit der Beschreibung einer Begegnung, die Morgenthau am 7. August 1944 mit General Eisenhower, dem jetzigen Stabschef der USA-Armee, in einem Offizierszelt in Süden England hatte. Während eines Frühstücksgesprächs bemerkte Eisenhower, seiner Meinung nach sei „die ganze Bevölkerung Deutschlands ein synthetischer Paranoiker.“ Der General erklärte, er halte es für zwecklos, „einen Paranoiker sanft anzufassen“. Smith mißt dieser Unterredung, in der der USA-Schatzsekretär im Grunde nichts hörte, was er nicht schon früher selbst gepredigt hätte, offenbar eine übertriebene Bedeutung bei, und schreibt:

„Von diesem Augenblick an war Morgenthau Lebensinteresse seine eigene Überzeugung, daß General Eisenhowers Beschreibung des deutschen Volkes als „Paranoiker“ treffend sei, und daß bei Akzeptierung dieser Tatsachen ein Plan entworfen werden könnte, der es dem deutschen Volk für immer unmöglich machen würde, Krieg zu führen.“

Wie dem aber auch sein möge, was nun immer unmittelbar als Anstoß gedient hat, Morgenthau machte sich eifrig ans Werk. In England traf er mit den Führern der britischen Regierung — Churchill und anderen Mitgliedern des Kriegskabinetts — zusammen. Schon gelegentlich eines Frühstücks bei seinem englischen Kollegen, dem britischen Schatzkanzler Sir John Anderson, erklärte Morgenthau:

„Ich denke, wir könnten Deutschland in eine Anzahl kleinerer Provinzen zerteilen, jede industrielle Produktion abstoppen und die Deutschen in kleine Grundbesitzer verwandeln.“

Im Grunde ist hier der ganze Inhalt des befrüchteten Morgenthauplanes entwickelt. Smith führt eine Reihe von Tatsachen an, die dafür zeugen, daß dieses Programm das lebhafteste Interesse hervorrief und in den Regierungssphären Englands, das damals bekanntlich ein aus Konservativen und Labouristen bestehendes Koalitionskabinett hatte, dem auch Attlee und Bevin angehörten, volle Unterstützung fand.

Vorderhand einmal verhehlten die regierenden Kreise Londons ihre wahren Absichten gegenüber dem deutschen Volk. Morgenthau erwartete Opposition gegen seine Pläne. Aber schon gleich die ersten Unterhaltungen brachten ihm eine angenehme Enttäuschung. Smith erzählt:

„Als Morgenthau Mr. Churchill in seinen Plan einführte, gab es plötzlich — und ganz unerwartet — ein Schauspiel von großem Interesse. Der Sekretär verließ die Zusammenkunft in der Überzeugung, daß der Premierminister, obgleich er gewisse untergeordnete Vorbehalte mache, die Sache unterstützt.“

Ein paar Tage später rief Morgenthau die maßgebenden amerikanischen Beamten, die sich damals in England befanden, zu einer Konferenz über die Zukunft Deutschlands zusammen, in der Morgenthau erklärte,

„seiner Meinung nach müsse man ernstlich in Erwägung ziehen, ob Deutschland auf eine agrarische Wirtschaft reduziert werden solle und könne, worin Deutschland ein Land kleiner Farmer sein würde, ohne große Industriebetriebe zu besitzen. Er verglich das Projekt mit dem Färmplan in Dänemark, wo fast das ganze Volk völlig im Kleinfarmbetrieb beschäftigt ist.“

Wie Smith bezeugt, war sein Chef besonders versessen auf das Argument, unmittelbar an die Scholle gebundene Völker seien friedliebend und strebten nicht nach Aggression gegen andere Völker. Der Verfasser zeigt jedoch selbst, daß es neben diesem offiziellen Motiv noch eine andere Erwägung gab, die offenbar von größerem Schwergewicht war. Ohne es selbst zu wollen, lüftet er einen Zipfel des Vorhangs, hinter dem sich für eine bestimmte Zeit die wahren Motive versteckten, die dann die auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Pläne ins Leben riefen. Winant, der damalige USA-Botschafter in London, bemerkte auf der gleichen Beratung, in offiziellen Kreisen Englands gebe es eine Schule von Männern, die

„Deutschland zu einem Bollwerk und Pufferstaat gegen Rußland ausbauen wollen, da sie den Kommunismus für ein größeres Übel halten als ein wiedergeborenes Deutschland.“

Erinnern wir uns, daß dieses Eingeständnis im August 1944 gemacht wurde! Eingeweihte Personen — der USA-Botschafter in London gehörte zweifellos dazu — wußten schon damals sehr wohl, was hinter den heuchlerischen Freundschaftsschwüren Churchills und seiner Gesinnungsgenossen für die Sowjetunion steckte.

Wie Smith zeigt, waren einflußreiche Vertreter der angelsächsischen Mächte schon während des Krieges gegen deutsche Reparationen eingestellt. Sie ließen sich selbstverständlich durchaus nicht von dem Wunsch leiten, das Los des deutschen

Volkes zu erleichtern — in dieser Hinsicht vertraten sie einen ganz entgegengesetzten Standpunkt. Ihre Einwände gegen die Reparationen entsprangen anderen Quellen. Erstens zogen die Monopolkreise in Rechnung, daß die Erfüllung des Reparationsplans den durch den Krieg ruinierenden Ländern helfen werde, ihre Wirtschaft rascher wiederherzustellen. Zweitens hätte die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen auch der deutschen Friedensindustrie geholfen, schneller wieder auf die Beine zu kommen. Diese beiden Resultate paßten den amerikanischen und englischen Monopolen bei ihren Kalkulationen durchaus nicht in den Kram.

Ein Mitarbeiter des USA-Büros für Kriegsinformation, Harry White, der offenbar die Meinung aller Anwesenden zum Ausdruck brachte, bemerkte in dieser Beratung:

„Was wir von Deutschland wollen, ist Frieden, nicht Reparationen.“

Diese durch und durch falsche und, gelinde ausgedrückt, künstliche Gegenüberstellung der Friedensinteressen und der Reparationen ist bekanntlich bis auf den heutigen Tag das einzige Surrogat eines Argumentes bei allen denjenigen, die die während des Krieges von den Verbündeten erzielten Abkommen in der Reparationsfrage hintertreiben möchten. Weiter fügte White mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrigließ, folgendes hinzu:

„Wenn es, um dies Ziel zu erreichen, notwendig ist, Deutschland auf den Status einer fünfrangigen Macht zu reduzieren, so sollte das geschehen.“

Smiths Zeugnis zufolge wiederholte White seine Erklärung, man brauche Frieden, und keine Reparationen, noch einmal, als einer der englischen Diplomaten bemerkte, Deutschland könne, wenn es zerstückelt sei, keine Reparationen bezahlen.

Der Autor erzählt, sein Chef habe Einwendungen des damaligen Außenministers Anthony Eden befürchtet. Eden pflegte unter der Larve eines leidenschaftlichen Anhängers der Einheit der verbündeten Mächte aufzutreten. Möglicherweise nahm Morgenthau diese seine Ergüsse für bare Münze. Der britische Außenminister schlug jedoch den Rekord der Heuchelei. Er unterstützte den Morgenthauplan im Namen der Aufrechterhaltung der Einheit der Verbündeten! Er stellte die Sache so hin, als ob die Sowjetunion eine starre Politik gegenüber Deutschland verlangte und England und die USA deshalb keine milde Politik in der deutschen Frage durchführen dürften. Wem wäre es jedoch nicht bekannt, daß die Sowjetunion während des Krieges und bis auf den heutigen Tag eine feste Politik gegenüber dem Faschismus, die entschiedene Durchführung der

Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung Deutschlands verlangt hat und auch weiter verlangt, während bestimmte englisch-amerikanische Kreise schon während des Krieges geneigt waren, eine milde Politik gegenüber den Hitlerfaschisten durchzuführen, um dann nach dem Kriege zu beginnen, eine solche Linie in der Praxis zu verwirklichen?!

Smith bezeugt, daß auch ein anderer namhafter Vertreter der englischen Regierung, der damalige Propagandaminister Brenden Bracken, sich für

„eine Politik drastischer Zerstückelung Deutschlands aussprach, durch die das Land in eine Serie impotenter Nationen zersplittet werden könnte.“

Morgenthau kehrte nach Amerika zurück, wo er die Ausarbeitung seines Planes fortsetzte. Der Verfasser erwähnt die Reibungen, zu denen es hierbei zwischen dem Schatzsekretär und anderen Mitgliedern der Rooseveltregierung kam. Am 23. September 1944 wurde der Morgenthauplan, der bis dahin streng geheimgehalten worden war, plötzlich öffentlich bekannt. Das „Wall Street Journal“ brachte eingehende Informationen über das Dokument. Wer das Geheimnis hatte ruchbar werden lassen, schreibt Smith, ist trotz aller Bemühungen ungeklärt geblieben. Jedenfalls gab die Mitteilung der genannten Zeitung das Signal zu einer lebhaften Diskussion in der gesamten Welt Presse. Die Standpunkte der Anhänger und der Gegner der politischen und ökonomischen Zerstückelung des Deutschen Reiches und seiner Verwandlung in ein Agrarland traten klar zutage.

Der Verfasser berichtet auch von der Quebec-Konferenz im Herbst 1944. Zu dieser Konferenz von Vertretern der USA und Großbritanniens wurde die Sowjetunion bekanntlich nicht eingeladen. Die Frage der Zukunft Deutschlands nahm in Quebec einen besonderen Platz ein. Wie Smith bezeugt, beeinflußte die Erörterung des Morgenthauplans der Umstand, daß „plötzlich Anthony Eden, ein standhafter Anhänger des Morgenthauplans, zur Konferenz angeflogen kam“.

Trotzdem machte der Morgenthauplan offiziell Fiasco. Er wurde abgelehnt, und man rückte in der Folgezeit von ihm ab. Der Verfasser des Artikels über „Die Entstehung und den Sturz des Morgenthauplanes“ fragt nicht nach der Ursache für den ruhmlosen Zusammenbruch eines Projekts, das unter den Großen dieser Welt so leidenschaftliche Unterstützung fand. Es hat den Anschein, als ob Smith kaum imstande ist, sich in dieser Frage zurechtzufinden.

Der grundlegende Fehler Morgenthau bestand darin, daß er die Dinge bei ihrem Namen nannte. Dadurch verurteilte er seinen „Plan“ zum Scheitern. Jetzt wird das auf die Zerstückelung der

deutschen Nation und die Vernichtung des deutschen Einheitsstaats gerichtete Programm unter der Sauce der „Föderalisierung“ aufgetischt. Jetzt versucht man die Aufteilungspolitik gegenüber Deutschland mit pharisäischen Berufungen auf die Notwendigkeit seiner ökonomischen Einheit zu begründen!

Auch in einer anderen Beziehung darf man kein Gleichheitszeichen setzen zwischen dem Plane Morgenthau und den jetzigen auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Plänen. Morgenthau wollte die Deutschen in eine Nation konservativer, aber friedlich gesinnter Farmer verwandeln. Zu diesem Zweck brachte er den utopischen Plan in Vorschlag, Deutschland in fünf oder sechs Dänemarks zu verwandeln. Die jetzigen Einpeitscher der auf die Zerstückelung und Atomisierung Deutschlands gerichteten Politik wollen im Zentrum Europas eine Nation von SS-Landsknechten haben, die diesmal jedoch nicht nach eigenem Willen, sondern auf Weisung aus Washington und London handelt. Zu diesem Zweck wollen sie zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland einen eisernen Vorhang niederlassen und Westdeutschland in ein gepanzertes Reservat der Reaktion, in ein Aufmarschgebiet für imperialistische Abenteuer verwandeln. Wenn derartige Pläne Churchills und seiner Gesinnungsgenossen auf beiden Seiten des Atlantik noch mit Wortergüssen über die Interessen des Friedens und der Sicherheit getarnt werden, so ist das Heuchelei in dritter Potenz.

Wie schon weiter oben bemerkt, beleuchtet Smith eine Anzahl allgemein bekannter historischer Tatsachen unrichtig. Insbesondere wiederholt er die bereits entlarvte Legende, in Teheran hätten sich auch die Vertreter der Sowjetunion für die Zerstückelung Deutschlands ausgesprochen. Die Vorkämpfer der Zertrümmerung Deutschlands haben dieses Lügenmärchen ganz offenbar in Umlauf gesetzt, um die Geschichte zu entstellen und die Karten durcheinanderzubringen. In Wirklichkeit waren es in Teheran die Vertreter der USA, die vorschlugen, Deutschland in fünf Teile zu zerlegen. Irgendein Beschuß in dieser Hinsicht wurde jedoch nicht gefaßt. Als ein Jahr nach der Teheraner Konferenz Churchill und Eden in Moskau eintrafen, brachten sie für die Aufteilung Deutschlands ihren eigenen Plan mit. Im Namen der britischen Regierung wurde vorgeschlagen, Deutschland in drei Teile zu zerlegen. Aber auch diesmal wurde keinerlei Beschuß gefaßt.

Kennzeichnend ist, daß Smith selber die von ihm unkritisch wiederholte Legende widerlegt, wo er an die Dokumente der Teheraner Konferenz erinnert, mit denen Morgenthau und seine Mitarbeiter bekannt gemacht wurden. Smith gibt zu:

„Auf Grund dieser Dokumente stellten sie fest, daß Präsident Roosevelt die Frage einer Aufteilung Deutschlands aufgeworfen hat.“

Die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage ist klar. Sie geht von den allgemeinen Prinzipien ihrer Außenpolitik aus, die auf die Konsolidierung des Völkerfriedens und die Abwendung neuer Aggressionsversuche gerichtet ist. Unser Heimatland hat den Aggressoren die größte Rechnung zu präsentieren. Die Verantwortung für den von ihm angerichteten Schaden kann Deutschland nicht abgenommen werden. Es muß diesen Schaden in möglichst hohem Maße wieder-gutmachen. Es müssen wirksame Garantien für die Abwendung einer neuen deutschen Aggression geschaffen werden. Notwendig hierfür ist eine Koordinierung der Handlungen der Verbündeten in Deutschland, die auf dem in der Krim und in Potsdam beschlossenen klaren Programm der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands basiert. Aber der Weg der gewalt-samen Aufteilung Deutschlands entspricht nicht den Interessen des Friedens und der Sicherheit. Wollte man dem deutschen Volk in der Frage seiner staatlichen Existenz einen fremden Willen aufzwingen, so würde das die entgegengesetzten Resultate zeitigen. Gewinnen würden nur die Chauvinisten und Revanchisten, die für ihr verbrecherisches Spiel einen neuen und starken Triumph in die Hand bekämen. Übrigens würden einige der jetzigen transatlantischen Friedensstifter, die auf Chaos und Zersetzung in Europa aus sind, das gar nicht ungern sehen.

Uns in der Sowjetunion ist jede summarische Verurteilung eines ganzen Volkes fremd. Wir haben Achtung für das den Völkern zustehende Recht, ihr Schicksal dem eigenen Willen gemäß einzurichten.

Gerade deshalb ruft die von der Sowjetunion betriebene Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft die Wut der Vorkämpfer der entgegengesetzten, imperialistischen Politik hervor, die von den eigennützigen Spekulationen der monopolistischen Oberschichten genährt wird und ein langfristiges friedliches Zusammenleben der Völker unmöglich macht.

AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

## Über die Rassendiskriminierung in der Südafrikanischen Union

In Nr. 4 der „Neuen Zeit“ vom 24. Januar d. J. erschienen Reisenotizen von S. Georgijew: „In Südafrika“. Aus Briefen südafrikanischer Leser an die Redaktion geht hervor, daß die Notizen lebhaften Widerhall gefunden haben.

Die Briefschreiber bestätigen einmütig, daß die allgemeine Rechtlosigkeit der eingeborenen Bevölkerung Südafrikas richtig dargestellt ist und daß die angeführten Fälle von Rassendiskriminierung den Tatsachen entsprechen. In einigen der Briefe wird auf ein paar Ungenauigkeiten in den Notizen S. Georgijews hingewiesen, die wahrscheinlich darauf zurückzuführen sind, daß der Verfasser sich nur kurze Zeit im Lande aufgehalten hat. So schreibt Mr. Andrews aus Kapstadt:

„Der Artikel gibt in der Hauptsache ein richtiges Bild von den abscheulichen Verhältnissen, in denen die Nichteuropäer leben und arbeiten. Vielleicht hätte der Bericht des Reporters Selwyn James über eine Menschenjagd, die er in Nordtransvaal mit angesehen hat, nicht so sehr in den Vordergrund gerückt werden sollen. Ein solcher Fall kann vorgekommen sein, und man könnte natürlich verantwortungsbewußte Augenzeugen über unzählige Fälle von Polizeibrutalitäten berichten lassen. Meist hat man aber derart rohe Methoden bei der Anwerbung afrikanischer Arbeiter längst aufgegeben, zugunsten des weniger dramatischen, dafür aber um so beständiger und unablässiger wirkenden ökonomischen Drucks, der mit Hilfe der ungerechten Gesetze dieses Landes ausgeübt wird.“

Die Methoden der weißen herrschenden Klasse Südafrikas sind nicht neu. Zuerst nimmt man den Leuten mit Gewalt oder durch Betrug den Boden fort. Dann preßt man sie in „Reservate“ und Territorien für Eingeborene, die viel zu klein und zu unfruchtbar sind, als daß sie Nahrung etc. für die eingepferchte Bevölkerung hergeben könnten. Dann erlegt man ihnen Hüttensteuern und andere Regierungsabgaben auf, die bar bezahlt werden müssen. Die armen Bauern haben kein Geld, da ihnen von ihren spärlichen Ernteerträgen nichts übrigbleibt, was sie auf dem Markt verkaufen könnten. Die Notwendigkeit, Geld für diese Steuern aufzubringen, dazu noch der Druck, unter den sie durch die von den Behörden bestochenen Häftlinge und Stammesältesten gesetzt werden, zwingt die Afrikaner, eine bestimmte Zeit „freiwillig“ in Gruben, auf Farmen und in der Industrie zu arbeiten, wobei sie vertraglich streng

verpflichtet werden und jeder Vertragsbruch schwer bestraft wird.

Es liegt kein Grund zu den grauenhaften „Sklaverrazzien“ vor, wie sie von dem Reporter beschrieben werden, der Hunger und die drohende Freiheitsstrafe für nichtgezahnte Steuern sind viel wirksamere Mittel, um die rechtlosen, analphabetischen und halbverhungerten Afrikaner zur Arbeit in den Gruben und in anderen, den Europäern gehörenden Betrieben zu zwingen, ohne daß man sie erst mit Peitschen und Gewehren aus ihren Kralis zu treiben braucht. Diese Art Behandlung wird ihnen erst zuteil, nachdem sie in die Gruben gesteckt worden sind und es gewagt haben, gegen die unmenschlichen Bedingungen zu protestieren, in die sie unter ökonomischem Druck „einzuwilligen“ gezwungen waren.“

Fast alle Briefe an die Redaktion vervollständigen die Beobachtungen S. Georgijews und illustrieren das grauenhafte System der Ausbeutung und Diskriminierung der schwarzen und braunen Bevölkerung der Südafrikanischen Union.

Wir bringen in etwas gekürzter Form einen solchen Brief, der für unsere Leser zweifellos von Interesse ist. Er stammt von Mrs. Hilda Watts, Stadträtin von Johannesburg.

Auch sie geht auf die von Selwyn James geschilderte „Menschenjagd“ in Nordtransvaal ein:

„... In der Südafrikanischen Union haben wir vielfältige und geschmeidige Werbemethoden, die S. Georgijew hätte anführen können. Zunächst ist da das System der Paßgesetze, das die Freizügigkeit der Leute aufhebt und so die Arbeitskräfte in gewisse Kanäle leitet...“

Dann gibt es Geldsteuern — Hüttensteuern, Hunde steuern, Kopfsteuern. Die Afrikaner hatten früher keine Verwendung für Bargeld, als aber diese Steuern eingeführt wurden, mußten sie sich in den Städten Arbeit suchen, um Bargeld für die Steuern in die Hand zu bekommen. Außerdem treffen die Bergwerke spezielle Abmachungen mit den Dorfläden, in denen die Leute auf Kredit einkaufen. Sie werden dann in die Gruben getrieben, um dort die Schuld abzuarbeiten. Die regulären Werbestationen auf dem Lande vervollständigen das Bild. Sie geben den ahnungslosen Dörflein eine ganz falsche Vorstellung von dem Leben in den Gruben.

Als einer der stärksten Faktoren bei der Werbung kommt noch der Landhunger der Afrikaner hinzu, die

über 8 Millionen von der 11-Millionen-Bevölkerung ausmachen. Sie sind auf 13 Prozent des Bodens, meist auf den unfruchtbaren Territorien, zusammengepfercht, ... der landarme Bauer ist gezwungen, Arbeit in den Gruben zu suchen.

Weiter schreibt S. Georgijew über die Löhne in den Gruben, die nicht ausreichen, „um die Kosten der kärglichen Verpflegung und des Nachtlagers zu decken“. Seine Schilderung des Lebens im Compound (Lager) ist richtig, Verpflegung und Nachtlager sind jedoch kostenlos, beides wird außer dem Barlohn zur Verfügung gestellt... S. Georgijew hätte sagen sollen, daß die kostenlose Bereitstellung von Essen und Nachtlager ein Mittel ist, um die Löhne niedrig zu halten. Hat also Georgijew zu Unrecht gesagt, daß Kost und Unterkommen bezahlt werden müssen, so hat er andere Dinge unerwähnt gelassen, die weit schlimmer sind.

Ich möchte ein paar von diesen anführen. Die Bergwerkskammer betrachtet die Eingeborenenreservate (13 Prozent des Bodens, die den Afrikanern zur Verfügung gestellt sind) als ihr eigenes Reservat, das sie ihren Arbeitern zum Lohn dazugibt. Die Bergarbeiterfamilie muß im Reservat bleiben, wenn der Arbeiter für die Grube angeworben wird. Frauen und Kinder der Arbeiter leben weiter auf dem kleinen Stückchen Land und bearbeiten es, und dieses Land soll die Arbeiterfamilie ernähren... Diese schöne Theorie entspricht natürlich nicht der Praxis. Wegen des schlechten Bodens in den Reservaten, seiner Erschöpfung, der Landarmut, der primitiven Bebauungsmethoden, des schlechten Zustands, in dem sich das Vieh befindet usw., können die Reservate die Arbeiterfamilien nicht ernähren... die Reservate werden immer mehr zu einem Herd des Elends und der Seuchen... Deshalb wird der Arbeiter, der glaubte, er werde ein oder zwei Jahre in den Gruben arbeiten und dann als reicher Mann auf sein Land zurückkehren, um dort sein Geld zu investieren, immer öfter zu einem sländigen Bergarbeiter, dessen Familie allein auf dem Lande haust.

Wie furchtbar und zersetzend sich dieses Leben auf Heim und Familie auswirkt, läßt sich denken: Tausende von Männern leben ohne ihre Frauen Monat für Monat, Jahr für Jahr, eng zusammengepfercht; die „sheebens“ (nichtlizenzierte Kneipen), die sich rings um die Städte bilden, ziehen diese Arbeiter in ihrer Freizeit an; jahrelang suchen die Frauen und sonstigen Familienmitglieder dieser Männer in harter Arbeit und Einsamkeit auf dem Lande dem ausgemergelten Boden ihren Lebensunterhalt abzugewinnen. Viele Männer kommen gar nicht wieder. Der Prozentsatz der Unglücksfälle in den Gruben ist sehr hoch. Viele ziehen sich tödliche Lungenkrankheiten zu und kehren ins Dorf nur zurück, um dort zu sterben.

Mir scheint auch, daß S. Georgijew nicht alles gesehen hat, als er Südafrika besuchte. Er spricht z. B. von den armseligen Behausungen der Landarbeiter, die rings um Johannesburg verstreut sind. Wie konnte er

da die sogenannten „squatters“ camps“ übersehen, die Kolonien am nördlichen und westlichen Rand der Stadt? Sie bestehen aus selbstgebauten Zelten aus Säcken, Lumpen, Papier und Stöcken, die sich verzweifelte Afrikaner errichtet haben, die in Johannesburg arbeiten, aber kein Unterkommen finden können. Über 80 000 Menschen — etwa ein Fünftel der afrikanischen Einwohner von Johannesburg — leben heute in diesen Kolonien.

Diesen Anblick vergißt man nie. Der afrikanische Stadtbewohner hat infolge der Bodengesetze von 1913 und 1936 sowie auf Grund des Eingeborenen gesetzes für Stadtgebiete kein Recht, sich ein Heim zu schaffen. Er darf keiner Bodenanteil kaufen oder pachten, um sich ein Haus darauf zu bauen, darf nirgends ein Haus kaufen oder mieten außer in einem Municipalsettlement oder in einer Township (hier: Eingeborenesiedlung). Da die Municipalitäten es versäumt haben, genügend Wohnstätten für die Afrikaner zu schaffen, sind Zehntausende buchstäblich obdachlos. Als sie die schreckliche Übervölkerung der vorhandenen Siedlungen nicht länger ertragen konnten, wo zwei, ja sogar drei Familien in einem Raum zusammenleben, wo man Korridore und selbst unbenutzte Wasserklosets bewohnt und horrende Mieten zahlt, begann die Bewegung der „squatters“. Es entstanden die Kolonien...

Die elenden Verhältnisse, in denen die meisten nicht-europäischen Einwohner Südafrikas leben, sind erschütternd genug. S. Georgijew hätte aber darüber berichten sollen, daß an die 500 000 Weiße — etwa ein Viertel aller Europäer in Südafrika — ebenfalls unter furchtbaren und erniedrigenden Bedingungen in elenden „pondokkies“, ebensolchen Hütten, an den Rändern der Städte leben und jeder Annehmlichkeit der Zivilisation entbehren. Diese weißen Armen sind ebenfalls unmittelbare Opfer der Hautfarbenbarriere, sie sind meist landlose Bauern, die keinerlei Berufsausbildung besitzen, zur unqualifizierten Arbeit aber unfähig sind, da diese das Monopol der Schwarzen, „Kaffernarbeit“, ist, und daher mittellos dastehen.“

Mrs. Watts weist darauf hin, daß in der Südafrikanischen Union alle Parteien außer der kommunistischen die „Hautfarbenbarriere“ anerkennen und nur Weiße als Mitglieder aufnehmen, die einen sehr engen Kreis der Bevölkerung ausmachen.

Abschließend schreibt Mrs. Watts:

„Gestatten Sie mir, Ihnen am Schluß meines Schreibens zu sagen, daß es in Südafrika eine Minderheit von Weißen gibt, die sich mit der Rassendiskriminierung und Unterdrückung nicht einverstanden erklären können, da diese Erscheinungen ein Schandfleck für unser Land sind und seinen Fortschritt hemmen. Die Rassendiskriminierung ist für uns nicht weniger erniedrigend als für die Nichteuropäer. Wir wissen: weder der weißbehandschuhte Beinahefaschismus von Smuts, noch der offene Faschismus Malans, noch die delikate Umgehung der wichtigsten Probleme durch die Labourpartei sind die

Zukunft Südafrikas. Südafrikas Zukunft liegt begründet in der Zusammenarbeit seiner vielrassigen Bevölkerung, der Weißen, Braunen und Schwarzen. Leider lernt der weiße Arbeiter dies nur durch bittere Erfahrung, aber lernen muß er es, da sein eigener Lohn sinkt, sein früherer hoher Lebensstandard herabgedrückt wird, seine frühere qualifizierte Arbeit schwarzen Arbeitern zu einem Achtel seines Lohnes übergeben wird. Er wird es lernen, da die nationale Bewegung der nicht-europäischen Völker an Stärke zunimmt, da diese immer lauter und vernehmlicher einfach Gerechtigkeit, demokratische Rechte, Menschenwürde fordern. Die Beherrcher Südafrikas haben das Volk wohlweislich entzweit, sie nutzen die Hautfarbenbarriere aus, nicht nur um die Nichteuropäer, die billig arbeiten, zu unterdrücken, sondern um die Arbeiter, auch die nicht-europäischen, in einander feindlich gesinnte Fraktionen zu spalten.

Aber die Einheit des Volkes erstarkt, diesem Prozeß kann nichts Einhalt gebieten. Wir Südafrikaner bauen darauf, daß der Tag kommt, da man unser Land nicht länger als „eins der rückständigsten Länder der Welt“ bezeichnen wird...“

Die Bürger der Sowjetunion, denen Rassenvorurteile fremd sind und jede Diskriminierung verhaftet ist, bringen dem Kampf für die Gleichberechtigung der Völker, ganz gleich, wo er sich abspielt, also auch in Südafrika, tiefste Sympathie entgegen. Auf ihrer Neuyorker Tagung hat die UNO die Rassendiskriminierung in der Südafrikanischen Union in einer Resolution der Generalversammlung vom Dezember v. J. verurteilt. Eine konsequente Entlarvung der unmenschlichen Verhältnisse in diesem englischen Dominion wird den Anhängern der Demokratie in ihrem Kampf für die Gerechtigkeit zweifellos eine Hilfe sein.

#### 25. April

Die USA erkennen Nepal als unabhängiges Königreich an und schließen mit ihm einen Freundschafts- und Handelsvertrag.

#### 28. April

Der mexikanische Präsident Miguel Aleman trifft in Washington ein.

#### 30. April

Die sowjetisch-polnische gemischte Grenzziehungskommission beendet die Demarkation der Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen.

Unterzeichnung eines Luftfahrtabkommens zwischen den USA und Syrien.

In Japan wird nach sechzigjährigem Bestehen der Geheime Rat (Genroin) aufgelöst.

#### 1. Mai

Der 1. Mai wird in allen Ländern der Welt mit Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen begangen.

Eintägiger 1.-Mai-Streik in Athen.

## CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

### April—Mai 1947

In Palermo (Sizilien) eröffnet eine Faschistenbande aus dem Hinterhalt MG-Feuer auf die Teilnehmer der Maikundgebung; 8 Personen werden getötet, 33 verwundet.

Auf Antrag Großbritanniens setzt die außerordentliche Tagung der UNO-Generalversammlung die Bildung eines Sonderausschusses auf die Tagesordnung, der für die Septembertagung der Generalversammlung Vorschläge zur Palästinafrage ausarbeiten soll. Der Antrag der arabischen Länder, die Frage der Unabhängigkeit Palästinas auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit 24 gegen 15 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für diesen Antrag stimmen die Sowjetunion, Jugoslawien, Indien, Kuba u. a. Länder.

Zur finnischen Regierungskrise veröffentlicht der Vollzugsausschuß des Demokratischen Bundes des finnischen Volkes eine Resolution, in der die unbedingte Beibehaltung des inner- und außenpolitischen Kurses

der bisherigen Regierung Pekkala gefordert wird.

In Neuyork wird eine Tagung des Armenischen Weltkongresses eröffnet.

Fünfzehn labouristische Unterhausmitglieder veröffentlichen ein Manifest, in dem eine von der Politik der USA unabhängige Außenpolitik Englands gefordert wird.

#### 2. Mai

In Genf nimmt die Europäische Wirtschaftskommission der UNO ihre Arbeit auf.

„Reiskrawalle“ der Bevölkerung von riangtsnou, Schanghai und anderen chinesischen Städten infolge der exorbitant steigenden Lebensmittelpreise.

In Albanien wird der Baubeginn der Eisenbahnlinie Durazzo-Eibasan, der ersten des Landes, feierlich begangen.

#### 3. Mai

Die zur Untersuchung der Lage der iranischen Gewerkschaften entsandte Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften erstattet dem Vollzugsausschuß der Föderation

tion Bericht über die Ergebnisse ihrer Untersuchung.

Der USA-Vertreter in der UNO ersucht den Generalsekretär, die Frage der Organisierung von Streitkräften der Vereinten Nationen in die Tagesordnung des Sicherheitsrats aufzunehmen.

Das UNO-Sekretariat veröffentlicht einen Bericht des militärischen Stabsausschusses über die vorgeschlagenen Prinzipien für die Organisierung der Streitkräfte, die dem Sicherheitsrat von den Mitgliedsländern der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Eintägiger Generalstreik in Italien als Protest gegen den bewaffneten Überfall monarchistisch-faschistischer Elemente auf die Maidemonstration in Palermo.

Die amerikanische Militärregierung verbietet den Anschluß der bayrischen Kommunistischen Partei an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

#### 4. Mai

Aufliegung der Zweiten Staatsanleihe zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in Höhe von 20 Milliarden Rubel. Bis 5. Mai abends werden 20 258 000 000 Rubel gezeichnet.

Abstimmung über ein für die Regierung Ramadier gefordertes Vertrauensvotum in der französischen Nationalversammlung. Gegen die Regierung stimmen die Kommunisten, da sie mit der Politik der Regierung gegenüber den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft nicht einverstanden sind.

Auf Beschuß des französischen Ministerrats werden die kommunistischen Minister aus dem Kabinett ausgeschlossen.

#### 5. Mai

Eine ukrainische Regierungsdelegation unter Führung von Staritschenko, stellvertretendem Vorsitzenden des Ministerrats der Ukrainischen SSR, trifft in Warschau ein.

#### 4. Mai

In Täbris werden Sadyh Ansari, Haschimi und Arutjun, Teilnehmer der aserbaidshaniischen demokratischen Bewegung, hingerichtet.

Unter der Anschuldigung der Ordnungsstörung anlässlich einer antifranzösischen Demonstration vor der spanischen Botschaft wird William Brooks, Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Englands, in London verhaftet.

#### 6. Mai

Bekanntgabe der offiziellen Daten über die Amnestie in Polen. Über 55 000 Personen haben von der Amnestie Gebrauch gemacht und sind von den Sicherheitsbehörden registriert worden.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs tritt zu einer Beratung zusammen.

Der deutsche ehemalige Generalfeldmarschall Kesselring wird vom englischen Kriegsgericht in Venedig zum Tode durch Erschießen verurteilt.

# VERLAGSANZEIGEN

## STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

### Neuerscheinungen:

#### RUSSISCHE KLASSISCHE LITERATUR

- I. A. KRYLOW — *Sämtliche Werke*. Band III. Fabeln. Gedichte. Briefe. 620 S., Rbl. 12,—
- M. J. SALTYKOW-SCHTSCHEDRIN — *Ausgewählte Werke*. Textbearbeitung und Einleitung von A. Lawreznik. 608 S., Rbl. 22,—  
Inhalt: „Geschichte einer Stadt“; „Die Herren Golowlow“; „Die Zuflucht Monrepos“; „Im Ausland“ und Märchen.
- A. P. TSCHECHOW — *Sämtliche Werke*. Band V. Erzählungen. 1886. 520 S., Rbl. 15,—

#### SOWJETRUSSISCHE LITERATUR

- A. G. MALYSCHKIN — *Gesammelte Werke in drei Bänden*. Band II. Sewastopol. 376 S., Rbl. 12,—
- D. FURMANOW — *Ausgewählte Werke*. 740 S., Rbl. 15,—  
Inhalt: „Tschapajew“; „Die Rote Landungsabteilung“; „Im Jahre 1918“; „Flieger Sharow“; „Marussja Rjabinina“; „Der Aufruhr“.

#### LITERATUR DER VÖLKER DER UdSSR

- GEORGI LEONIDSE — *Stalin. Kindheit und Knabenjahre*. Eine Epopöe. Erstes Buch. Aus dem Georgischen von N. Tichonow. Einband und Buchschmuck von N. W. Iljin. 144 S., Rbl. 10,—

#### AUSLÄNDISCHE LITERATUR

- LOUIS ARAGON — *Ausgewählte Gedichte*. Aus dem Französischen von O. Brick, P. Antokolski, E. Knipowitsch u. a. 92 S., Rbl. 2,—
- ALFREDO VARELA — *Der trübe Fluß*. Roman. Aus dem Spanischen von M. Kessel. 164 S., Rbl. 3,—
- ALEXANDRE DUMAS — *Der Graf von Monte Christo*. Aus dem Französischen. Herausgegeben von N. Gal und W. Toper. Band II. 652 S., Rbl. 16,—
- M. SENKEWICZ — *Amerikanische Dichtungen*. Auswahl. 136 S., Rbl. 4,—  
Gedichtsammlung amerikanischer Dichter des 18. bis 20. Jahrhunderts.
- RONSART — *Ausgewählte Gedichte*. Übersetzung von W. Lewik. 122 S., Rbl. 3,—

#### LITERATURKUNDE

- DSHIWILEGOW — *Dante Alighieri*. Leben und Schaffen. Zweite, durchgesehene Auflage. 412 S., Rbl. 5,—
- D. OBLOMIJEWSKI — *Die französische Romantik*. Essays. 356 S., Rbl. 8,—

#### MASSENBIBLIOTHEK

- DIE BALLÄDEN VON ILJA MUROMEZ. 48 S., Rbl. 1,—
- W. M. GARSCHIN — *Die rote Blume. Das Signal*. 32 S., Rbl. —, 50
- A. P. TSCHECHOW — *Erzählungen*. 88 S., Rbl. 1,—

## STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR DES MINISTERIUMS FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

### Neuerscheinungen:

- BUKOW — *Andriesch*. Moldauisches Märchen. Übertragen von W. Dershawin. Mit Illustrationen von W. Tauber. 128 S., Rbl. 6,—
- WASSILJOFF — *Kambers Roß*. Aus dem Bulgarischen von S. Zaimowski. Mit Illustrationen von F. Lemkul. 68 S., Rbl. 2,—  
Erzählungen über bulgarische Kinder und Märchen nach Motiven der bulgarischen Volkskunst.
- GAWRILOW — *Jegorka*. Dritte Auflage. Mit Illustrationen von W. Schtscheglow. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 208 S., Rbl. 3,—  
Erzählungen über Leben und Arbeit der sowjetischen Torpedobootsmänner.
- HEINE — *Ausgewählte Werke*. 176 S., Rbl. 3,50  
Lyrische Gedichte.
- M. DOSTOJEWSKI — *Knaben*. (Aus dem Roman „Die Brüder Karamasow“.)

- Mit einem Vorwort von A. Slonimski und Illustrationen von W. Ladagin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 96 S., Rbl. 3,—
- N. MAMIN-SIBIRJAK — *Erzählungen aus dem Ural*. Mit Illustrationen von A. J. Miroschchin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 96 S., Rbl. 2,50
- MICHALKOW — *Kindergedichte*. 224 S., Rbl. 11,—
- S. SOTNIK — *Über unsere Sache*. Erzählung. Mit Illustrationen von B. Winokurow. 88 S., Rbl. 4,—
- TELESCHOW — *Der lebende Stein*. Märchen und Legenden. Mit Illustrationen von W. Tauber. 32 S., Rbl. 1,50
- FREIERMAN und P. SAIKIN — *Schwalben*. Erzählungen. Mit Illustrationen von S. Zakrzewski. 80 S., Rbl. 1,70

Alles in russischer Sprache.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH  
IN  
RUSSISCHER,  
ENGLISCHER,  
FRANZÖSISCHER  
UND  
DEUTSCHER SPRACHE

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK  
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN  
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN  
LEBENS.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-  
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN  
UND ANDEREN PERSONLICHKEITEN DES ÖFFENT-  
LICHEN LEBENS.